

epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführerinnen: Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 34 Euro,
jährlich 408 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.

Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001):
jährlich 481,50 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,

Tel.: 03861 5339-705, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main

■ 17. Juni 2025

www.epd.de

Nr. 25

■ 7. und 8. Friedensethischer Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland

Wie enden Kriege? – 29. Oktober 2024 (online)

Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit
und territoriale Integrität – 19. März 2025 (online)

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführerinnen:
Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Friedensethische Studientage der Ev. Akademien in Deutschland

»Mehr Diplomatie wagen! Friedensverhandlungen jetzt! Mehr Diplomatie statt mehr Waffen! – Solche oder ähnliche Forderungen kann man in Zeitungen, auf Demo-Plakaten, aber auch in Talkshows hören und sehen. Nicht zuletzt radikale Parteien der Rechten und der Linken inszenieren sich als Friedensparteien und fordern ein Ende der Sanktionen gegen Russland und/oder das Ende militärischer Unterstützung der Ukraine. So wird ein vermeintlicher Gegensatz zwischen (mangelnder) Diplomatie und Waffenlieferungen konstruiert.

Bei dem siebten digitalen Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik beschäftigen wir uns mit dem Spannungsfeld zwischen Waffenlieferungen und Gesprächsdiplomatie

und diskutieren darüber mit Expert*innen aus Politik, Wissenschaft und Kirche.«

(Aus der Einladung zum 7. Friedensethischer Studienabend – Wie enden Kriege?)

»Viele Staaten, die aus der zerfallenden Sowjetunion hervorgegangen sind, ringen seither um staatliche, gesellschaftliche und territoriale Eigenständigkeit. Der Krieg um die Region Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidshan dauert schon das gesamte 20. Jahrhundert an. Durch die Intervention Russlands 2020 wurde er vorerst zugunsten Aserbaidshans entschieden, was zu einem Exodus aller verbliebenen Armenier von dort führte. Separatisten in Südossetien führten 2008 Krieg gegen Georgien und wurden dabei von Russland unterstützt, das seit 2002 freigiebig Pässe an die Einwohner Abchasiens und Südossetiens verteilt – obwohl sich beide Regionen nach 1990 für unabhängig

erklärten (was international nicht anerkannt wurde). In der Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine rücken diese Regionen wieder etwas mehr in den Fokus, weil sie möglicherweise als Einfallstor weiterer Destabilisierungen durch Russland genutzt werden. Welcher äußeren Einflussnahmen sich die betroffenen Staaten dabei erwehren müssen und welche Erfahrungen aus diesen Prozessen für die Bewertung aktueller Konflikte gezogen werden können, werden wir bei diesem friedensethischen Studientag erörtern.«

(Aus der Einladung zum 8. Friedensethischen Studientag - Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität)

Frühere Friedensethische Fachtage der Ev. Akademien sind dokumentiert in den Ausgaben 25/2022, 3/2023, 23/2023 und 21/2024 von epd Dokumentation.

Quellen:

7. Friedensethischer Studienabend – Wie enden Kriege?

29. Oktober 2024 (online) – Evangelische Akademien in Deutschland

8. Friedensethischer Studientag – Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität

19. März 2025 (online) – Evangelische Akademien in Deutschland

Inhalt:

7. Friedensethischer Studienabend – Wie enden Kriege?

► Prof. Dr. Jörg Hübner: Begrüßung	4
Podium »Das Friedensgutachten 2024 und die polnische Perspektive auf den russischen Angriffskrieg«	
► Dr. habil Robert Zurek	6
► Dr. Darius Bruncz	8
Podium »Wie funktionieren Verhandlungen und welche Voraussetzungen benötigen sie?«	
► Dr. Michael Bartscher: Über die Schwierigkeit einen gerechten Frieden zu erzielen. Erfahrungen aus dem Krieg mit Afghanistan und Perspektiven für die Ukraine	11
► Dr. Friederike Krippner: Wie enden Kriege – Impulse aus der Friedensethik	14
► Dr. Marek Prawda	18

8. Friedensethischer Studientag – Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität

Podium »Die Situation in Georgien«

► Dr. Irine Beridze: Georgische Kultur zwischen Imperien	22
► Bischof Rolf Bareis	24
► Mate Saralishvili	26

Podium »Die Situation in Armenien«

► Dr. Gurgen Petrossian	29
-------------------------	----

Begrüßung

Prof. Dr. Jörg Hübner

»Wie enden Kriege?« – 7. Friedensethischer Studienabend der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 29. Oktober 2024

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
liebe Referentinnen und Referenten,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur mittlerweile siebten digitalen friedensethischen Tagung, die von fast allen Evangelischen Akademien in Deutschland getragen wird. Wir freuen uns, dass Sie dabei sind!

Für die heutige Tagung haben sich fast 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angemeldet – so viele wie noch bei keiner Tagung in dieser Reihe der friedensethischen Tagungen. Dies zeigt: Die Fragen, die wir heute ansprechen und mit außerordentlich kompetenten Expertinnen und Experten diskutieren möchten, treffen den Nerv der Zeit.

Wie enden Kriege? Wie lassen sich Kriege beilegen? Wie kann die militärisch ausgetragene Gewalt beigelegt werden? Wie kommt endlich wieder Frieden in eine konkrete Region?

Diese Fragen stehen heute im Fokus unserer Tagung. Diese Fragen stehen hierzulande im Fokus des öffentlichen Diskurses.

Ich wage einen Schnitt:

Versetzen Sie sich mit mir, bevor ich konkreter werde, zurück in das Jahr 600 oder 601 vor Christus. Versuchen Sie sich diese vollkommen andere Zeit vorzustellen. Auch damals gab es eine Vielzahl von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen. Auch im vermeintlichen Land des Friedens, in Israel nämlich. Israel, das Volk Gottes, wollte wachsen, mehr Land in Besitz nehmen. Eine wirtschaftliche Blüte hatte das Land ergriffen. Es herrschte Reichtum. Und doch: Eine Zeit des Umbruchs hatte begonnen. Es war zu spüren, dass es so nicht weiterging mit dem Wachsen. Und vor allem: Im Osten Israels machte sich zunehmend eine Kraft breit, die die ihren Machtanspruch im wachsenden Maße nach Westen auszuweiten suchte. Das babylonische Reich nämlich. Es war spürbar: Da kommt etwas auf das Volk Gottes zu. Und doch: Es gab Verant-

wortliche in Israel und vor allem Propheten, die voller Überzeugung auftraten und meinten, dass alles so weitergehen könne wie bisher, wenn man nur einige der einsickernden Babylonier zurückschicke und »Frieden, Frieden« rufe. Und natürlich: Das klang für die Bürgerinnen und Bürger in Israel schon attraktiv. Ihnen wurde zugehört. Sie wurden beklatscht.

Aber nicht von einem: vom Propheten Jeremia nämlich. Er nahm sich in seinen Reden diese Verantwortlichen und Propheten »zur Brust« und wurde deutlich. Hören Sie seine Worte:

»Denn sie gieren alle, Klein und Groß, nach unrechtem Gewinn, und Propheten und Priester gehen alle mit Lüge um und heilen den Schaden meines Volkes nur obenhin, indem sie sagen: »Friede, Friede!« – und ist doch kein Friede« (Jer 6,13; 8,11).

Zweimal ist dieses Wort im Jeremia-Buch überliefert – Zeichen dafür, dass seine Worte besonders markant waren und möglicherweise auch gehört wurden. Klare Worte: Es soll so weitergehen mit dem Wachsen, mit dem Gewinn-Machen, mit dem Über-Leichen-gehen. Nichts soll sich ändern. Und zur eigenen Genugtuung wird dann auch »von obenhin«, also vom »grünen Tisch« aus, gerufen: »Frieden, Frieden!« Jeremia aber ist davon überzeugt: Die Sache mit dem Frieden ist komplexer, schwieriger, setzt viel voraus, auch eine Änderung der Lebensweise. »Und ist doch kein Friede!«, sagt er nur zu den Verantwortlichen und zu den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.

Wurden diese Worte gehört? Damals jedenfalls nicht. Drei oder vier Jahre nach diesen Worten Jeremias begann die Eroberung Jerusalems durch die Babylonier und damit die bekannte babylonische Gefangenschaft.

Es bleibt zu hoffen, dass wir heute solche oder ähnliche Worte hören. Frieden ist eine komplizierte Geschichte. Ihn wiederherzustellen, das setzt eine Fülle von unterschiedlichen Prozessen voraus. Diplomatie und Waffenlieferungen, Gespräche und die Begrenzung des Unrechten, Friedensgipfel und eine gerechte Lebensweise, Auseinandersetzung und Aufeinander-Zugehen.

Um dieses »und« geht es heute. Wie kann dieses »und« konkret aussehen? Wie kann dem »und« der nötige Boden bereitet werden? Was lernen wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit? Im ersten Podium diskutieren wir dieses »und«, indem wir auf das jüngste Friedensgutachten zusammen mit einer Expertin schauen und mit Vertretern der polnischen Zivilgesellschaft diskutieren, im zweiten Podium betrachten wir dieses »und«, indem wir mit einer Theologin, einem polnischen Diplomaten und einem Militärvertreter Expertinnen und Experten zu Wort kommen lassen, die sich konkret mit den komplexen Wegen hin zum Frieden beschäftigt haben und noch beschäftigen.

Und auch Sie sollen zu Wort kommen – deswegen bitten wir Sie, sich dazu im Chat zu äußern. Ihre Fragen werden dann während des moderierten Gesprächs zusammenfassend aufgegriffen, und wir bemühen uns darum, Ihre Eindrücke ins Gespräch einfließen zu lassen.

Und so hoffe ich, dass wir heute diesem »und« etwas mehr Farbe verleihen können. Und dass die innere Antwort auf das sehnsüchtige Rufen »Frieden, Frieden!« nicht die ist: »Ist doch kein Friede!«

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Tagung!



Podium: Verhandlungen, Mediation und Militärhilfe Das Friedensgutachten 2024 und die polnische Perspektive auf den russischen Angriffskrieg

Dr. habil. Robert Zurek, Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

»Wie enden Kriege?« – 7. Friedensethischer Studienabend der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 29. Oktober 2024

Schönen guten Abend. Vielen Dank für die Einladung, ich freue mich sehr, dass ich hier sein darf und dass Sie an den polnischen Stimmen interessiert sind. Sie wissen vielleicht: Wir – und mit »Wir« meine ich kollektiv die Ostmitteleuropäer – haben jahrelang stark darunter gelitten, dass unsere Stimme im Westen nicht so sehr gehört wurde. Gerade was die Beziehungen zu Russland angeht, haben wir jahrelang dringend davon gewarnt, diese Politik weiterzuführen, die eben geführt wurde – Stichwort Nord Stream. Aber das ist nur ein Beispiel. Es hat sich erwiesen, dass wir recht hatten und dass es ein großer Fehler war, uns nicht zuzuhören. Vielleicht hätten wir diesen Krieg verhindern können, wenn man uns damals ernster genommen hätte. Deswegen freuen wir uns sehr und ich freue mich auch persönlich, an solchen Debatten teilnehmen zu dürfen. Schade, dass unter uns keine Ukrainerinnen und Ukrainer sind. Aber ich verstehe es so, dass es auch meine Aufgabe ist, ihre Stimme hier zu vertreten. Entschuldigen Sie bitte diese offenen Worte, aber ich glaube, die Vergangenheit ist auch dazu da, aus Fehlern zu lernen und gerade in solch ernsten Situationen auch offen den Dialog miteinander zu führen.

Zu Punkt eins meines kurzen Beitrags: Die Einstellung der polnischen Zivilgesellschaft. Ja, es stimmt, es gibt eine große Einhelligkeit. Es gibt keine Konflikte in Polen in Bezug auf die Ukraine. Das mag verwundern, denn unsere Gesellschaft ist sehr stark polarisiert. Manche Soziologen reden sogar vom kalten Bürgerkrieg in Polen und es gibt viele Themen, die von beiden Seiten heiß umkämpft werden. Aber was die Ukraine und Russland angeht, gibt es eine sehr starke Einheitlichkeit der Meinungen. Wir glauben, dass man die Ukraine möglichst stark und entschieden unterstützen muss. Aber es gibt kaum Perspektiven oder Vorstellungen zum Ende des Krieges. Was von einer gewissen Ratlosigkeit zeugt, die, glaube ich, auch in dem Vortrag von Frau Professorin Schröder zu Beginn der digitalen Tagung angeklungen ist. Man hat keine besonders große Hoff-

nung, dass Verhandlungen oder diplomatische Schritte das Ende dieses Krieges tatsächlich entscheidend herbeiführen könnten. Deswegen konzentriert sich die polnische Zivilgesellschaft vor allem auf die Unterstützung der Ukraine. Damit meine ich nicht nur die humanitäre Unterstützung oder die Aufnahme und Integration der Geflüchteten, sondern auch gezielte Maßnahmen: Zur Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft, zum Wiederaufbau des Landes und zur Unterstützung der Reifungsprozesse der demokratischen Gesellschaft in der Ukraine. Wir in Kreisau z.B. partizipieren an mehreren Projekten für junge Aktivistinnen und Aktivisten, für Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen und für Lehrkräfte, damit diese die Ukraine als eine liberale, reife Demokratie weiter aufbauen können. Ich glaube, dass fast alle Vertreter der polnischen Zivilgesellschaft das Friedensgutachten, das uns von Frau Professorin Schröder vorgestellt wurde, unterzeichnen könnten. Wir glauben, dass nur die Stärkung der Ukraine ein Ende, und zwar ein gutes Ende dieses Krieges herbeiführen kann. Wir glauben daran, weil wir die Stimmen unserer ukrainischen Nachbarn ernst nehmen und ganz genau hören, was sie uns zu sagen haben.

Aber auch deswegen, weil wir Russland ernst nehmen und das ist, glaube ich, immer noch ein Problem in unseren Debatten: Dass wir nicht ganz ernst nehmen, was Russland uns zu sagen pflegt. Russland erzählt uns seit vielen Jahren ganz offen, wie es die Situation sieht. Ich glaube, wir sollten uns stärker als bislang z.B. mit der Ideologie der »Russki Mir«¹ auseinandersetzen, mit dem russischen Messianismus, mit dem Glauben an den russischen Katechon, also die Vorstellung, dass Russland diejenige Kraft ist, die das Kommen des Antichristen vermeiden soll und mit diesem Antichristen wird gegenwärtig der Westen gleichgesetzt. Diese Tendenzen sind in Russland verbreitet und es ist wirklich ein Fehler vom Krieg Putins zu reden. Hinter dieser Ideologie, diesen imperialen, nationalistischen und chauvinistischen Vorstellungen stehen viele Menschen in Russland und das muss man klar sehen.

Zur Ukraine: Stefan Bickhardt hat freundlicherweise bereits erwähnt, dass wir in Kreisau über 100 Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen haben. Das geschah unmittelbar nach dem Kriegsbeginn und inmitten der ersten großen Migrationswelle. Mit vielen von ihnen stehen wir immer noch im Kontakt. Aber das ist nicht die einzige Quelle unseres Wissens über die Meinungen und Haltungen der Ukrainerinnen und Ukrainer, denn parallel dazu führen wir nach wie vor Bildungsprojekte durch, an denen auch Menschen aus der Ukraine teilnehmen. Sowohl diejenigen, die jetzt in Polen leben, aber auch solche, die in der Ukraine geblieben sind und zu unseren Projekten extra zu uns kommen. Neulich war eine Gruppe aus der Ukraine bei uns, und zwar aus der ganzen Ukraine, aus ganz vielen Städten und Regionen, aus dem Westen und aus dem Osten. Die Gespräche mit dieser Gruppe, die noch ganz frisch sind, fließen in das ein, was ich Ihnen jetzt berichte. Mit einer starken Betonung: Das sind keine empirischen Angaben, sondern eher Erfahrungen oder Meinungen, die wir uns einholen aus den persönlichen Kontakten. Da stelle ich fest, dass es im Laufe der Zeit schon eine Änderung gibt. Am Anfang des Krieges habe ich den Eindruck gewonnen, dass eine große Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft sehr entschlossen ist, sich um jeden Preis zu verteidigen. Die Entschlossenheit war groß, die Motivation sehr hoch und diese Einhelligkeit war stark zu sehen. Ich erinnere mich noch sehr genau an eine – für mich sehr bewegende – Situation, die ich allerdings nicht in Polen, sondern in Deutschland erlebt habe. Bei einer Podiumsdiskussion war eine junge Dame aus der Ukraine dabei und jemand aus dem Publikum fragte vielleicht ein bisschen unsensibel: Ja, wie lange wollt ihr noch kämpfen? Und das hat sie ganz kurz beantwortet: Bis zum Ende. Und ich hatte den Eindruck, das Publikum

hat nicht ganz die Dramatik dieser Aussage verstanden. Dass sie nämlich fest entschlossen ist, tatsächlich bis zum Ende, also bis zum Tod, um ihre Werte und ihre Freiheit zu kämpfen. Diese Entschlossenheit hängt, glaube ich, auch damit zusammen, dass für die Ukraine die Befreiungskämpfe, das Wiedergewinnen der nationalen Identität und auch ihr Selbstbestimmungsrecht noch eine sehr frische Erfahrung sind. Deswegen ist auch die Entschlossenheit, diese zu verteidigen, entsprechend hoch. Aber inzwischen habe ich den Eindruck, dass diese Entschlossenheit und Einhelligkeit nicht mehr so ausgeprägt sind. Man merkt, dass weite Teile der ukrainischen Bevölkerung kriegsmüde sind. Und es sind zunehmend Stimmen zu vernehmen, dass man kompromissbereit ist. Dass man bereit ist, die territoriale Integrität preiszugeben, damit der Krieg enden kann. Und wenn man die Bedenken dann äußert, dass Kompromisslösungen den Krieg nicht wirklich beenden, sondern einfrieren würden, dann hört man: Ja, aber das ist besser als das weitere Kämpfen. Die Opfer sind einfach schon zu groß. Interessant ist – ich weiß nicht, ob es jetzt eine Regel ist oder ein Zufall ist – aber die kompromissbereiten Stimmen kommen meistens aus dem Westen der Ukraine, während die Menschen aus dem Osten entschlossener sind, weiterzukämpfen. Das hat gewiss mit der Unmittelbarkeit dieser Kriegserfahrung zu tun, ist aber interessant, weil der Westen der Ukraine vor dem Krieg bei weitem nationalbewusster war als der Osten. So viel vielleicht an dieser Stelle. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkung:

¹ Ru. »Русский мир« – dt. »Russische Welt«

Podium: Verhandlungen, Mediation und Militärhilfe Das Friedensgutachten 2024 und die polnische Perspektive auf den russischen Angriffskrieg

Dr. Dariusz Bruncz, Portalleiter und Mitbegründer von *ekumenizm.pl*

»Wie enden Kriege?« – 7. Friedensethischer Studienabend der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 29. Oktober 2024

Schönen guten Abend. Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken für die Einladung. Ich freue mich, dass ich an dieser Diskussion teilnehmen darf. Ich möchte zunächst etwas anders beginnen: Also wie enden Kriege? Als ich diese Frage bzw. das Thema hörte, dachte ich mir: Vielleicht sollte man die Frage eigentlich umdrehen und fragen, wie Kriege eigentlich beginnen. Und das ist natürlich alles miteinander verknüpft. Wie kommt es eigentlich dazu, dass Kriege ausbrechen? Und darauf gibt es natürlich eine ganze Bandbreite an Antworten, die aus dem gesellschaftspolitischen Spektrum stammen, aber auch in allen möglichen Disziplinen auftreten oder anzutreffen sind.

Sowohl im theologischen Bereich als auch im kulturwissenschaftlichen Bereich können wir mehrere Antworten finden. Und ich glaube – da wir in der Evangelischen Akademie sind – wäre es auch gut evangelisch, gut lutherisch zu sagen: Krieg oder die Kriege mit ihren Verwüstungen und Massengräbern sowie auch herausfordernden theologischen Konzepten und Gottesbildern – stichwortartig nenne ich hier die Frage der Abwesenheit Gottes, der Anwesenheit Gottes, das Theodizee-Problem und so weiter und so fort – die bezeugen das, was eben in der bereits erwähnten lutherischen Anthropologie für viele eher unsympathisch klingt oder ganz unzeitgemäß anmutet. Und zwar, dass die Sünde – ein sehr unpopuläres Wort – die Ursache allen Bösen ist und dass der Mensch von Natur aus zum Bösen »verdammte« ist. Und betroffen ist. Immanent betroffen ist. Und eben der Krieg – könnte man theologisch sagen – ist die Ursache dieser Sünde. Aber natürlich könnte man dem entgegenhalten – es würden vor allem katholische Theologen protestieren – dass diese Sicht nicht hilfreich ist, weil sie den Menschen allzu pauschal wahrnimmt und innere Differenzierungen außer Acht lässt. Vor wenigen Wochen hat Professor Harald Meller, ein deutscher Archäologe, im Deutschlandfunk-Interview gesagt: *»Krieg zu führen ist etwas zutiefst Unmenschliches und uns überhaupt nicht*

angeboren. Krieg kam erst mit der Sesshaftwerdung und der Landwirtschaft.« Dieses interessante Zitat, diese Sichtweise, obwohl schön und intellektuell spannend, kann meines Erachtens besonders in dieser Situation des Ukraine-Krieges – aber nicht nur – wenig überzeugen. Der Krieg in der Ukraine, aber auch alle anderen Kriege, von denen wir heute auch gehört haben, zeigen deutlich, dass Menschen eine weitgehende Anfälligkeit für Kriegssucht, den Charme von Despoten und Entwürdigung menschlichen Lebens aufweisen. Das klingt gerade nicht optimistisch, klingt pessimistisch, aber ich glaube, das zeigt auch die Realität unseres menschlichen Daseins. Diese vielleicht etwas pessimistische Sichtweise bestätigt bzw. zeigt auch Russland ganz deutlich. Nicht nur im Blick auf die Ukraine und ihre Bevölkerung, aber auch in Bezug auf ihre eigene Bevölkerung. Und es geht mir hier vor allem um diese Einstellung, dass es eben keine Ehrfurcht vor dem Tod und der Würde des Menschen gibt. Dass die Ziele, die politischen bzw. imperialistischen Ziele am wichtigsten sind und eben gerade nicht das Wohl der Menschen. Und dass eben Russland mit seinen imperialistischen Naziparolen – ich muss und will das schon ganz am Anfang sagen, ich sehe hier überhaupt keinen Unterschied zwischen Russland und dem Dritten Reich – ideologische Unterstützung vom Moskauer Patriarchat bekommt, bestätigt die trübsten Vorstellungen dessen, wozu Menschen und auch kirchliche Strukturen fähig sind. Und da wir uns im Jubiläumsjahr der Barmer theologischen Erklärung befinden, drängen sich hier auch im kirchlichen Bereich deutliche Parallelen auf.

Ich würde sagen, es gibt in unserem Leben auch hier in Polen Tage und Daten, an die wir uns ganz klar erinnern. Das sind in unserer Erinnerungskultur, zum einen historische Daten wie z.B. der 1. September 1939, der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen. Aber es gibt natürlich auch andere Daten, wie z.B. der 22. Februar 2022. Dieser Angriff auf die Ukraine, an diesen Tag können wir uns alle sehr, sehr deutlich erinnern. Und eigentlich wissen wir alle, was wir an dem Tag gerade vorhatten und was wir gerade machten. Unsere ganze Bevölkerung hat sich über (fast) alle politischen Lager hinweg vereinigt

und Solidarität mit der Ukraine gezeigt. Also man kann sagen, dass für uns, für die überwältigende Mehrheit der Polen die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Ukraine eigentlich zur polnischen Staatsräson gehört. Das ist eigentlich nicht verhandelbar. Also die Ukraine. Auch, aber nicht nur wegen der Sicherheit Polens, aber auch wegen der kulturellen Identität Europas. Ihre Unabhängigkeit gehört zu unserer Staatsräson. Nach diesem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich, wie gesagt, die ganze polnische Bevölkerung hinter die Ukraine gestellt und auch unsere kleine lutherische Kirche. Ich erinnere daran, dass die lutherische Kirche in Polen lediglich 60.000 Mitglieder hat. Aber eigentlich am ersten Tag gab es schon die ersten Initiativen. Das war eigentlich nichts Neues, weil wir mit den ukrainischen Lutheranern sehr eng zusammengearbeitet haben. Der jetzige Bischof der lutherischen Kirche in der Ukraine wurde eigentlich in Polen ausgebildet, er ist ukrainischer Theologe, spricht perfekt polnisch, seine Frau ist auch Polin. Die Zusammenarbeit konnte reibungslos verlaufen, weil wir sowieso im engen Austausch waren. Und diese eindeutige Unterstützung, moralische Unterstützung mit Gebet, aber nicht nur, auch mit Worten, konnte deswegen auch so schnell und gut funktionieren, da wir eben diese Kontakte seit längerer Zeit aufrechterhalten haben.

Mit viel Skepsis haben wir die Debatten in vielen Ländern verfolgt über die Einstellung zu diesem Krieg. Zum Beispiel nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch in anderen Ländern des sogenannten Westens, die Ukraine müsse nachgeben und sollte sich so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch setzen, damit der Frieden damit der Frieden wiederhergestellt wird. Ich erinnere mich gerade, wenn es um die Einstellung der polnischen evangelischen Christen zum Krieg geht, natürlich gibt es auch da eine ganze Vielfalt von Positionen. Ich erinnere mich aber an gewisse Stellungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland, die in Polen viel Irritation hervorgehen haben. Damit meine ich vor allem Aussagen des Friedensbeauftragten der evangelischen Kirche in Deutschland, von Bischof Kramer, der zuletzt auch während der christlichen Begegnungstage in Frankfurt (Oder) auch bekräftigt hat, man sollte eben Verhandlungen beginnen und die Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen. Wenn man so was in Polen hört, denkt man sofort an den Zweiten Weltkrieg. Und man überlegt eben, sollte auch das gelten: 1939 und 1945 – hat man mit Adolf Hitler verhandelt? Ja, man hat mit Hitler verhandelt. Und mit diesen Verhandlungen und der ganzen Beschwichti-

gungspolitik hat man den Zweiten Weltkrieg nicht verhindert. Natürlich, es geht nicht darum, kriegssüchtig zu werden und Krieg um jeden Preis unterstützen. Damit meine ich, dass man natürlich vom Frieden nicht wegblicken soll, ihn nicht außer Acht lassen soll. Aber Frieden bedeutet nicht, dass man die Unabhängigkeit der Ukraine und dieses Landes aufs Spiel setzen soll. Wenn man solche Meinungen im deutschen Sprachraum versucht, in einem breiteren Spektrum zu sehen, muss man natürlich auch die politische Situation in Deutschland oder auch in ganz Europa in den Blick nehmen. Wenn man einerseits die Situation der Ukraine in ihrer ganzen Komplexität eben vor Augen hat und gleichzeitig auch die radikalisierende der Stimmung nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Ländern sieht, dann ist das für viele Beobachter in Polen besorgniserregend. Auch für mich persönlich, da ich – das hat Herr Bickhardt auch erwähnt – in Frankfurt studiert habe. Wenn man eben sieht, dass rechtsextreme Parteien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite in Brandenburg, Thüringen und Sachsen die Oberhand gewinnen, so viel Popularität haben, besonders in den Wahlkreisen, die an Polen grenzen, dann überlegt man. Da zugleich die Botschaft dieser Parteien zusammengeht mit Verständnis für Putin, für den russischen Angriff auf die Ukraine und auch mit dieser ganzen bereits erwähnten Beschwichtigungspolitik, dann macht man sich Sorgen. Und man fragt eben auch, ob man wirklich Schlussfolgerungen aus der Geschichte gezogen hat. Für viele polnische Beobachter, wenn Sie das hören – mich eingeschlossen – solche Rufe nach dem Kriegsende und nach Friedensverhandlungen, dann erinnert mich das an eine Aussage eines der vielen deutschen, aber auch ukrainischen Kommentatoren. In letzter Zeit hat das vor allem einer betont: Herr Franz-Stefan Gady, der meinte, man verbreite immer öfter in Deutschland einen sogenannten parasitären Pazifismus. Das ist ein Pazifismus, der die Verteidigungspolitik an andere Länder auslagert und einfach sagt: Na ja, die anderen sollten sich darum kümmern, nicht wir. Frieden in Europa ist etwas, was uns alle in die Pflicht nimmt. Und das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Und diesen Frieden erreicht man nicht dadurch, dass man das eine Land ausbluten lässt und im Namen eines faulen Friedens oder einer billigen Gnade – um mit Bonhoeffer zu sprechen – die Forderungen einer Angriffspartei eben akzeptiert und damit eine gewisse Täter-Opfer-Umkehr verwirklicht.

Wir haben in Polen – das wurde auch bereits erwähnt – viele Flüchtlinge aufgenommen. Ich arbeite derzeit an zwei polnischen Hochschulen, habe auch viele Studenten aus der Ukraine und gerade heute habe ich meine Studenten gebeten, ihre Perspektive zu beschreiben. Ich muss sagen: Ich war ein bisschen überrascht, da gab es eine ganze Bandbreite und Vielfalt von Meinungen. Es hängt davon ab, aus welcher Region der Ukraine die Studenten kommen. Aber die meisten, auch wenn sie gewiss unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie der Frieden aussehen soll und obwohl die meisten eher pessimistisch sind, wenn es um die Zukunft geht: Alle betonen, dass es ihnen wichtig ist, dass die Ukraine überlebt. Ihnen ist es natürlich sehr wichtig, dass sie ihr Land, ihre Heimat trotz aller Widrigkeiten und Problemen, die das Land eben auch jeden Tag erfährt, nicht nur durch die russischen Bomben, nicht nur durch die russischen Angriffe, sondern auch durch die inneren Probleme nicht verlieren werden. Ich glaube, der ganze Krieg zeigt in unserem evangelischen Bereich nicht nur in

Deutschland, aber auch in Polen und anderswo: Wir müssen auch unsere Friedensethik – falls Sie kodifiziert ist – neu überdenken. Wir müssen noch oder wir sollten überdenken, wie wir uns hier im heutigen Kontext positionieren. Nicht nur im Kontext des Ukraine-Krieges, aber auch im Kontext des Konfliktes im Nahen Osten und den Herausforderungen, die vor uns stehen – die Präsidentschaftswahlen in den USA wurden bereits erwähnt. Und es reicht nicht aus, wenn wir einfach rufen: Frieden, Frieden! Weil wir auch dadurch die Idee des Friedens, die Berufung des Friedens und die Verantwortung des Friedens missverstehen werden. Deswegen glaube ich, es ist die höchste Zeit, dass wir auch vielleicht grenzübergreifend darüber nachdenken, was eigentlich Frieden ist. Ich glaube, wir sprechen viel über Friedensforschung, über die Zukunft Europas, über Sicherheitsgarantien, aber ich glaube, wir brauchen auch eine grundlegende Diskussion, was wir darunter verstehen und wo unsere Verantwortung – als Verantwortung der Kirchen – liegen könnte. Vielen Dank. 

Podium: Diplomatie, Militär und Friedensethik Wie funktionieren Verhandlungen und welche Voraussetzungen benötigen sie?

Über die Schwierigkeit einen gerechten Frieden zu erzielen. Erfahrungen aus dem Krieg mit Afghanistan und Perspektiven für die Ukraine

Dr. Michael Bartscher, Brigadegeneral a. D., Non Resident Senior Fellow des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität KIL (SPK)

»Wie enden Kriege?« – 7. Friedensethischer Studienabend der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 29. Oktober 2024

Als Soldat im Zeitraum 2004 bis 2015 in verschiedenen Funktionen rund zwei Jahre in Afghanistan, zuletzt über ein Jahr als Berater des afghanischen Generalstabschefs während ISAF sowie als Abteilungsleiter Personalgewinnung und Ausbildung der afghanischen Armee und der Polizei im Hauptquartier Resolute Support.

In den zwei Jahren habe ich Tod und Verwundung in einem Krieg erlebt, bin selbst Opfer eines Terroranschlags in Kabul geworden, sodass ich beurteilen kann, was Kriege für Folgen haben und wie vor allem die Zivilbevölkerung darunter leidet.

Generell ist festzustellen, Soldaten wollen den Frieden und nicht den Krieg!

Clausewitz hat in seinem Werk »Vom Kriege« festgestellt: **»Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen«.**¹

Clausewitz argumentierte weiterhin, dass die Ursache für Kriege im Politischen zu sehen ist, insofern kann auch festgestellt werden, dass nur das Politische Kriege beenden kann.² Hieraus folgt auch, dass Streitkräfte keinen Frieden erzeugen können, sie können die Rahmenbedingungen schaffen, damit Politik die notwendigen Schritte zum Frieden gehen kann.

Der völkerrechtliche Begriff »Krieg« im klassischen Sinne ist maßgeblich durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Zum einen **muss ein bewaffneter Kampf zwischen Staaten oder einer Staatengruppe stattfinden**; zum anderen bedarf es

des Eintrittes des Kriegszustandes in Form einer Kriegserklärung oder durch das Stellen eines Ultimatums.

Andere Autoren verzichten auf letzteres Merkmal und definieren Krieg als **»Gewaltmaßnahmen unter Abbruch der diplomatischen Beziehungen«.**³

Gleichwohl kennen wir unterschiedliche Arten von Kriegen: **Krieg** zwischen **Staaten** wie in der Ukraine; **Bürgerkriege** beispielsweise im Yemen und im Sudan; **Stellvertreterkriege** wie die Unterstützung des Irans von Hisbollah und den Huthi im Kampf gegen Israel; **Terrorismus**, so kam es im Jahr 2024 in Deutschland bereits zu zwei gesichert islamistisch motivierten Anschlägen; **Aufstände**, beispielsweise 2019 in Hongkong gegen die Regierungschefin; **Völkermord**, wie in Armenien und Ruanda und **Hybride Kriegsführung**, vor allem im Cyber-Raum. Der Fokus von Cyber-Angriffen liegt meistens auf der Beeinflussung der öffentlichen Meinung: Von der gezielten Steuerung von Diskussionen in sozialen Netzwerken bis hin zur Manipulation von Informationen auf Nachrichtenportalen.

In dem Verständnis befinden wir uns aktuell im Krieg: Terroranschläge, hybride Kriegsführung unter Nutzung von Medien, um Unwahrheiten zu verbreiten ist weit verbreitet. Diese Lügen setzen sich im Bewusstsein der Gesellschaft fest und beeinflussen beispielsweise Wahlen, wie es derzeit in den USA zu beobachten ist und wie es bei den Wahlen in Georgien festgestellt wurde.

Frieden versteht sich als ein Prozess abnehmen der Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit. Ein Friedensprozess muss **inklusiv** alle Akteure berücksichtigen, um ein Scheitern zu vermeiden.

Aber was ist ein gerechter Frieden?

Das Theorem des »Demokratischen Friedens« kann hilfreich sein, das Immanuel Kant 1796 in seinem Werk »Zum ewigen Frieden« entwickelte. Kant betrachtet die »innere[n] Verfasstheit von Staaten und ihr[em] Außenverhalten« und zieht daraus den Schluss: »Zum ewigen Frieden kann das allein führen, da die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände des Hauptbeteiligten, des ganzen Volkes, gelegt wird.« Vertreter dieser Denkrichtung argumentieren, dass Demokratien sich friedfertiger verhalten und selten Kriege gegeneinander führen. Sie tragen ihre Normen und Konfliktlösungsverfahren nach außen und werden somit zum Vorbild für andere Akteure. Voraussetzung für den Erfolg solcher Prozesse ist, dass der Intervent sein Gegenüber akzeptiert und ihm eine Demokratisierungsfähigkeit zuschreibt.⁴ Gleichwohl leben nur knapp die Hälfte der Weltbevölkerung in einer Demokratie.⁵

Frieden versteht sich in diesem Kontext als ein Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit. Gewalt ist somit das Gegenteil von Gerechtigkeit. Dies bedeutet jedoch nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern schließt »soziale Gerechtigkeit« mit ein, die jedem Einzelnen ermöglichen soll, seine Existenz zu erhalten und zu entfalten.⁶ Insofern ist ein gerechter Frieden nach einem Krieg durch nachstehende Prozessschritte zu erreichen respektive zu erhalten: Prävention, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Konsolidierung eines Staates, in dem die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit sowie Wohlstand für die gesamte Gesellschaft gewährleistet ist.

Afghanistan

Nach dem 11. September 2001 war das primäre Ziel der USA und ihrer Verbündeten die Eliminierung jeglicher terroristischer Bedrohung, die von al-Qaida und ihrem Anführer Osama bin Laden in Afghanistan ausging. Dieses Ziel veränderte sich im Verlauf des Einsatzes.

Aus Sicht der westlichen Staatengemeinschaft waren nach den Anschlägen am 11. September 2001 zunächst die bündnispolitische Solidarität und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung für den Einsatz von Streitkräften ausschlaggebend. Bereits mit der ersten Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 und den Folgekonferenzen, bekam der Einsatz jedoch eine neue Dimension.

Nachdem vom afghanischen Territorium vermeintlich keine terroristische Bedrohung mehr ausging, kamen neue Ziele in den Fokus: Die

Wahrung der Menschenrechte und die Schaffung humanitärer Rahmenbedingungen sowie eines sicheren Umfeldes für die afghanische Gesellschaft. Gleichwohl haben die USA den Kampf gegen den Terror⁷ parallel weitergeführt und die Bevölkerung konnte das nicht differenzieren.

Als wesentliches Defizit ist festzustellen, dass die Vereinbarungen in Bonn ohne vorherige Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Lage Afghanistans getroffen wurden. Insofern existierte auch in Deutschland keine ressortübergreifende Strategie und die Maßnahmen waren wenig effektiv und erzeugten unbeabsichtigt auch negative Wirkungen.

Eine weitere Ursache für das Scheitern war der Ausschluss der Taliban am Petersberg-Prozess, sodass sie unverändert gegen die Regierung und den Westen agieren konnten und letztendlich 2021 die Macht wieder übernahmen. Auch beim Doha Abkommen der USA mit den Taliban war die afghanische Regierung nicht beteiligt. Insofern kann es einen Frieden in der Ukraine nur mit der Ukraine geben.

Ukraine

Szenarien für eine Beendigung des Ukraine-Kriegs; in der gegenwärtigen Lage lassen sich vier Szenarien für ein Kriegsende in der Ukraine vorstellen:

Russland besetzt die gesamte Ukraine und verleiht sie der Russischen Föderation ein. Somit würde keine ukrainische Regierung existieren, mit der Frieden zu schließen wäre. Es gäbe keinen gerechten Friedensschluss.

Im zweiten Fall würde sich Russland mit der Okkupation des Ostens und Süd-Ostens einschließlich der Krim begnügen und eine Regierung in Kyjiw dies notgedrungen de facto anerkennen, um einen dringend erforderlichen Waffenstillstand zu erwirken. Auch in diesem Fall gäbe es keinen gerechten Frieden, da der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen missachtet würde.

Das dritte Szenario bestünde im vollständigen militärischen Rückzug der russischen Streitkräfte und der Befreiung des Südostens (einschließlich der Krim) und des Ostens, also einer Restauration des Status quo ante. Aus Sicht der Ukraine das strategische Ziel im Sinne eines gerechten Friedens, aber aufgrund der Machtverhältnisse und der fehlenden uneingeschränkten Unterstützung

des Westens unwahrscheinlich. Allerdings könnte nur von einem gerechten Frieden gesprochen werden, wenn die Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen durch einen Versöhnungsprozess schrittweise aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verdrängt werden.

Die vierte Option, die vermutlich als russische Bedingung mit einem teilweisen Rückzug Russlands verbunden wäre, ist eine von mehreren Staaten garantierte Erklärung der Ukraine, in Zukunft neutral zu bleiben und weder der NATO noch der EU beizutreten.⁸ Aber auch diese Option würde dem Grundsatz der freien Bündniswahl widersprechen und widerspräche den Zielen von NATO und EU und insbesondere der Ukraine.

Wenn wir bestimmen wollen, wie Kriege enden, müssen wir anerkennen, dass verschiedene Konfliktarten spezifische Bedingungen mit sich bringen. Es gibt inhärente Merkmale aller Kriege, die durch politische Zwecke, Periodisierung, menschliche Faktoren, Ausmaß, geografische Einflüsse und Ressourcen charakterisiert sind.

Letztlich ist Krieg ein Zustand des Kampfes organisierter Kräfte, die von Macht getrieben werden. Seine Variationen sind das Ergebnis der Wechselwirkungen der verschiedenen Elemente in einzigartigen Kontexten: Diese bestimmen, wie Kriege enden.⁹

Insofern besteht die Gefahr, dass Russland sich durchsetzt, wenn die Wahlen in den USA im Ergebnis eine nachlassende Unterstützung der Ukraine zur Folge haben und der Westen zu keiner kohärenten und abgestimmten Ukraineunterstützung findet.

Anmerkungen:

¹ Vom Kriege, Carl von Clausewitz, <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/12/VomKriege-a4.pdf>, S. 3.

² Ebd. S. 469

³ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2007, <https://www.bundestag.de/resource/blob/494606/1e69675dfb469de68e2ba1d507324395/wd-2-175-07-pdf-data.pdf>

⁴ Vgl. Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden (1796), Mit Ergänzungen aus Kants übrigen Schriften und einer ausführlichen Einleitung über die Entwicklung des Friedensgedankens herausgegeben von Karl Vorländer (1919), Leipzig 1919.

Vgl. Scheel, Constanze: »Die liberale Theorie des Demokratischen Friedens. Frieden durch weltweite Demokratisierung?« Sicherheit + Frieden (25. Jg.) 4/2007, Baden-Baden, Nomos 2007, 208-213.

⁵ Vgl. Der Stand der Demokratie, ECONOMIST DEMOCRACY INDEX <https://de.statista.com/infografik/20599/economist-democracy-index/>.

⁶ Vgl. Czempel, E.-O.: Internationale Politik: Ein Konfliktmodell, Paderborn; München; Wien, Zürich, Schöningh 1981, 33-34.

⁷ 2001-2014 Operation »Enduring Freedom«, 2015-2021 »Operation Sentinel«

⁸ Vgl. Beatrice Heuser* Welche Friedenslösungen für den Russland-Ukraine-Krieg? Gedanken zu Strategien des Friedensschließens, SIRIUS 2023; 7(1): 38–50

⁹ Rob Johnson, 'A Typology of Wars and How They End' in Damien Kingsbury and Richard Iron, eds., How Wars End: Theory and Practice. (Routledge, 2022).



Podium: Diplomatie, Militär und Friedensethik Wie funktionieren Verhandlungen und welche Voraussetzungen benötigen sie?

Wie enden Kriege – Impulse aus der Friedensethik

Dr. Friederike Krippner, Co-Vorsitzende der Friedenswerkstatt der EKD und Direktorin der Evangelischen Akademie zu Berlin

»Wie enden Kriege?« - 7. Friedensethischer Studienabend der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 29. Oktober 2024

Anlass dieser Reihe ist der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Aber es begann keineswegs mit dem 24. Februar 2022, dass es, sehr schematisch gedacht, zwei Pole in der Evangelischen Kirche gibt: Auf der einen Seite diejenigen, die vielleicht mit dem Begriff des »unbedingten Pazifismus« am besten zu fassen sind. Damit sind Positionen gemeint, die nicht nur auf allgemeine Abrüstung drängen, sondern auch jegliche Beteiligung an kriegsgerichteter Gewaltausübung unabhängig von der politischen Situation ablehnen und auch bei massiven völkerrechtswidrigen Aggressionen allein auf Diplomatie und zivilen Widerstand setzen. Auf der anderen Seite diejenigen, die militärische Gewalt unter strengen, im Einzelnen zu bestimmenden Voraussetzungen als äußerstes Mittel der Gefahrenabwehr und Selbstverteidigung als unabdingbaren Teil evangelischer Friedensethik verstehen. Sie plädieren in diesem Geiste etwa auch offen dafür, dass die Bundeswehr besser ausgestattet werden muss oder/und es ethisch nicht nur legitim, sondern sogar geboten sei, der völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine Beistand etwa durch Waffenlieferungen zu leisten. Zwischen diesen Polen gibt es aber vor allem, so mein Eindruck der letzten zwei Jahre, viele Schattierungen und ja, auch das: viel Ratlosigkeit.

Der Ethiker Johannes Fischer hat in seinem Buch »Die Zukunft der Ethiken« ausgeführt, dass Ethik nicht im abstrakten Raum existiert, es also keine moralischen Lehrsätze gibt, die jenseits von Wirklichkeitserfahrung Relevanz hätten. Anders gesagt, geht es Fischer darum, die Erfahrungswelt in die ethische Urteilsbildung unbedingt einzufügen. Das hat einige Plausibilität auch bezogen auf friedensethische Überlegungen. Denn, wie gesagt, es ist nicht der 24. Februar 2022, der diese Pole von (Radikal-)Pazifismus einerseits und Verfechter*innen einer u.U. auch weiteren Auslegung der

ultima ratio andererseits erzeugt hat. Diese Pole lassen sich vielmehr durch 2000 Jahre Theologie- und Philosophiegeschichte verfolgen. Aber: Die Auseinandersetzung über die Voraussetzungen friedensethischer Argumentationen ist mit diesem Datum deutlich lauter geworden. Der Grund ist simpel: Die Grausamkeit des Krieges, die ja auch vorher in der Ukraine existierte und erst recht weltweit immer eine große Rolle spielte, sie ist nun viel näher an uns herangerückt. Das ist eurozentrisch gedacht. Gewiss. Und zugleich ist diese gefühlt neue Dringlichkeit trotzdem ein guter Anlass, neu über friedensethische Grundsätze nachzudenken – schon weil politisch und gesellschaftlich neue und dringliche Fragen gestellt werden.

In den wenigen Minuten dieses Impulses will ich zweierlei leisten: Erstens möchte ich Sie informieren, auf welche Weise die EKD gerade ihre friedensethischen Reflexionen sammelt und zweitens zumindest ein Schlaglicht darauf werfen, welche theologischen Fragen sich möglicherweise ergeben, wenn man über das Ende von Kriegen nachdenkt.

1) EKD-Friedenswerkstatt und Redaktionsteam Friedensethik

Wie eingangs schon konstatiert: Mit Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 wurde auch im Raum der EKD eine neue Dringlichkeit nicht nur in Bezug auf Friedensarbeit, sondern eben auch in Bezug auf Friedensethik erkannt. Es ist daher kein Zufall, dass der Rat dann in seiner März-Sitzung 2022 die Konferenz für Friedensarbeit (KfF) beauftragte, ein Konzept für die Weiterarbeit an der evangelischen Friedensethik zu erarbeiten und dem Rat zeitnah vorzulegen. Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD und Vorsitzende der Konferenz für Friedensarbeit, Landesbischof Friedrich Kramer, berief daraufhin das Gremium einer Friedenswerkstatt ein, die darauf zielte, in der aktuellen Situation die Auseinandersetzung mit dem Friedensthema zu intensivieren.

In breiterer Aufstellung sollte beraten werden, wie die Umsetzung der Beschlüsse der Friedenssynode 2019 in Dresden und der 13. Synode der EKD auf ihrer 2. Tagung im November 2021 zum Friedensthema, zusammengefasst im Papier »Task Force Frieden« (Renke Brahm) von 2021, weiter verfolgt werden können.

Daneben wurde aus dem Kammernetzwerk der EKD heraus ein Redaktionsteam unter dem Vorsitz des Theologen Prof. Reiner Anselm gebildet. Dieses Redaktionsteam soll im Auftrag des Rates eine Aktualisierung der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen* schreiben. Beide Gremien sind also nicht identisch, allerdings gibt es personelle Überschneidungen. Reiner Anselm etwa ist – wie ich auch – Co-Vorsitzender der Friedenswerkstatt. Es gibt aber auch darüber hinaus Zusammenarbeit: Denn da die Friedenswerkstatt die Sprachfähigkeit auch über divergierende friedensethische Positionen als wesentlich erkannt hat, hat sie dem Redaktionsteam ein diskursives Verfahren vorgeschlagen. Dem Schreibprozess vorangestellt waren insgesamt vier überwiegend öffentliche Konsultationen in Zusammenarbeit mit den Evangelischen Akademien Bad Boll, Berlin, Loccum und Villigst mit Expert*innen aus Kirche, Friedensarbeit, Wissenschaft, Politik und Bundeswehr.

Die Aktualisierung der Denkschrift soll Ende 2025 erscheinen. Aus der Arbeit des Redaktionsteams, das ja im Auftrag des Rates schreibt, kann ich daher nichts berichten. Stattdessen richte ich mit Ihnen im zweiten Teil den Blick vornehmlich auf die nach wie vor aktuelle Friedensdenkschrift 2007, um die Frage nach dem Ende von Kriegen näher in den Blick zu nehmen.

II. Bellum iustum, gerechter Frieden und die Frage: Wie enden Kriege?

Die Friedensdenkschrift von 2007 ist – das ist interessant, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass der jetzige Ruf nach einer Weiterentwicklung der Friedensethik im engen Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg steht –, auch eine Reaktion auf ein die westliche Welt erschütterndes Ereignis: Sie entstand unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge am 11. September 2001.

Der Rat der EKD beauftragte daraufhin die damalige Kammer für öffentliche Verantwortung, eine neue Denkschrift zu entwerfen. Diese markiert einen Stand der Friedensethik im Raum der EKD, der mit dem Begriff des »Gerechten Friedens«

eben diesen Frieden nicht allein als Abwesenheit von Gewalt definiert, sondern als einen mehrdimensionalen Prozess, in dem Frieden und Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind.

Dieses »Wording«, das übrigens keine protestantische Erfindung ist, sondern von den katholischen Geschwistern übernommen wurde, dieses »Wording« also will ich nochmal kurz vergegenwärtigen, weil es in den Kern der jetzigen Debatte führt: Philosophen und Theologen haben in gut 2000 Jahren eine differenzierte Lehre vom »bellum iustum« entwickelt. Theologisch beginnt die Ausdeklination des »Gerechten Krieges« beim Kirchenvater Augustinus, also Ende des 4., Anfang des 5. Jahrhunderts, und damit zu einer Zeit, als nach der konstantinischen Wende auch Christen als Soldaten ins römische Heer eintraten. In dem Moment nämlich erst wurde für Christen eine Frage virulent: Geht das überhaupt zusammen – Christ sein und Soldat sein?

Die Frage, unter welchen Umständen ein Krieg gerechtfertigt ist, hat die Theologie seither beschäftigt. »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«, wie es der Ökumenische Rat der Kirchen 1948 in Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg und das kirchliche Versagen dabei formuliert hat, ist daher eine echt revolutionäre Aussage. Zugleich versteht man Augustinus grob falsch, wenn man sein Werk *De civitate Dei* als Ethik des gerechten Krieges lesen wollte: Es geht Augustinus darin um einen hochkomplexen Friedensbegriff, der auf das Reich Gottes ausgerichtet ist. Augustinus denkt aber darüber nach, was dieser Friedensbegriff unter den Bedingungen einer unerlösten Welt, in der auf einmal auch Christen staatliche Verantwortung tragen, für das Handeln auf Erden heißt. Und er kommt darauf, dass unter bestimmten Bedingungen eine militärische Antwort auf einen Angriff zu rechtfertigen ist – was ihn aber nicht daran hindert, Krieg zugleich immer als ein sittliches Übel zu verstehen.

Augustinus bildet den Auftakt für ein Nachdenken, das in der Folge verschieden ausformuliert wird, dabei aber in aller Regel auf eine uns bei der heutigen Veranstaltung interessierende Zeitschiene ausgerichtet ist. Die Beantwortung der Frage, ob es möglich ist, einen bellum iustum, einen gerechten Krieg zu führen, ruht nämlich in aller Regel auf drei Säulen, die man temporal unterscheiden kann in ein »vor dem Krieg«, »im Krieg« und »nach dem Krieg«. Unterschieden wird damit zwischen:

1. der Rechtfertigung **zum** Krieg (Das »Recht zum Krieg« benennt den Kriegsgrund, in aller Regel beschränkt auf die Verteidigung),
2. der gerechtfertigten Handlung **im** Krieg (Das »Recht im Krieg« betont in der Regel den Schutz Unbeteiligter und die Verhältnismäßigkeit der Gewaltmittel) und
3. der rechtmäßigen Beendigung eines Krieges (Für das »Recht **nach** dem Krieg« sind vorab die Möglichkeiten für einen dauerhaften Frieden zu prüfen).

Wie bereits gesagt: Schon Augustinus hält die ethische Spannung, dass ein Krieg eigentlich nicht sein soll, und dass doch in einem Staat, in dem Christen Verantwortung tragen, das Kämpfen etwa in Reaktion auf einen Angriff gerechtfertigt sein kann. »Im Rahmen des Leitbilds vom gerechten Frieden hat die Lehre vom bellum iustum keinen Platz mehr«, heißt es demgegenüber in der EKD-Denkschrift von 2007. Und trotzdem, so würde ich sagen, ist die ethischen Grundfigur der Idee des bellum iustum doch auch in dieser Denkschrift nicht ganz vergessen, dazu gleich mehr. Grundsätzlich aber ist zunächst einmal die Denkrichtung entscheidend, die in diesem Satz zum Ausdruck kommt. Sie lautet nicht: »Wann ist ein Krieg gerechtfertigt?«, sondern: »Wie kann ich Gottes Frieden in der Welt denken und vorbereiten?« Diese Denkbewegung, die also auf Friedensförderung ausgerichtet ist, durchzieht die gesamte Denkschrift.

Vier Grundsätze der Denkschrift will ich in aller gebotenen Kürze aufrufen:

1. Vorrang der Gewaltlosigkeit: Es muss immer darum gehen, so wird argumentiert, Gewalt zu vermeiden und auch in hoch konfliktiven Situationen gewaltlose Mittel zu forcieren und auszuschöpfen.
2. Frieden als mehrdimensionaler Prozess: Frieden wird als Prozess gedacht. Frieden ist also nie einfach da, sondern er ist immer ein Weg, der insgesamt vier voneinander abhängige und aufeinander verweisende Dimensionen umfasst. Im Einzelnen handelt es sich dabei um
 - a) den Schutz vor Gewalt,
 - b) die Förderung der Freiheit,
 - c) den Abbau von Not bzw. die Förderung weltweiter sozialer Gerechtigkeit und


- d) die Anerkennung kultureller Verschiedenheit.
3. Frieden durch Recht: Die Denkschrift vertraut insbesondere auf die Kraft des Völkerrechts.
4. Einsatz rechtserhaltender Gewalt als »ultima ratio«: Wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, dann kennt die Denkschrift doch auch die Möglichkeit einer militärischen Reaktion – unter dem Begriff der »ultima ratio«.

Man sieht also: Im Horizont des gerechten Friedens gibt es keinen gerechten Krieg. Krieg ist immer ungerecht. Trotzdem muss nicht jede militärische Aktion unethisch sein. Im Ausdruck der »rechtserhaltenden Gewalt« kennt die Denkschrift militärische Gewalt als ultima ratio. Es handelt sich dann nicht um einen gerechten Krieg, wohl aber um eine militärische Antwort, die in einem sehr engen Korridor ethisch gerechtfertigt sein kann. Denkbar ist dies aber nur im Verteidigungsfall, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind, die Antwort verhältnismäßig und dazu dem Frieden dienlich ist. Der Rahmen ist also einerseits sehr eng gesteckt. Andererseits aber sind die Bedingungen oder die Kriterien doch so, dass sie viel Raum zur Interpretation lassen.

Die Friedensdenkschrift 2007 amtet dabei das Völkerrecht, auch das kommt in den Kriterien zum Ausdruck. Das Recht ist in der Denkschrift der entscheidende Rahmen der Friedensordnung: »In der Perspektive einer auf Recht gegründeten Friedensordnung« werden die Konfliktszenarien, um die es bei der Lehre vom gerechten Krieg in aller Regel geht, zu »Grenzsituationen« (EKD-Denkschrift 2007: Ziffer 98). Weil es Grenzsituationen sind, und weil die Denkschrift wie gezeigt einer anderen Denkbewegung folgt als die Lehre vom gerechten Krieg, wird eben diesen Szenarien sehr wenig Raum gelassen. Das heißt aber auch: Die Denkschrift denkt in einer Welt, in der die globale Ordnung Konflikte qua Völkerrecht so sanktionieren kann, dass diese als eher unwahrscheinlich verstanden werden können. Das erklärt möglicherweise auch, warum die Denkschrift zur Beendigung von Kriegen, also im Kontext der bereits genannten Matrix von »vor, im und nach dem Krieg«, zur Frage des Rechts nach dem Krieg wenig zu sagen hat.

Heute – und nun gehe ich leicht über den Rahmen der Denkschrift hinaus – haben sich die globalen Machtverhältnisse verschoben, viele sprechen auch von einer multipolaren Ordnung. Wir leben in einer Welt, in der es, nachdem gewaltsame Konflikte global gesehen lange zu-

rückgingen, nun wieder mehr Kriege gibt (s. Friedensgutachten 2024). Schätzungen zufolge flammt die Gewalt aber in etwa der Hälfte aller Länder, die Kriege beendet haben, innerhalb von fünf Jahren wieder auf (s. Friedensdenkschrift 2007). Das ist ein Hinweis darauf, dass es sehr wohl Sinn machen könnte, ethische Fragen des post bellum stärker auszuloten als es die Denkschrift 2007 aus den genannten und verständlichen Gründen tut. Denn wenn es darum geht, Frieden zu bereiten, dann muss es auch darum gehen, dass dieser Frieden eine Chance auf Dauer hat. Dies umso mehr, wenn man die Mehrdimensionalität des Friedensbegriffes ernst nimmt. Gerechter Frieden, das heißt ja eben nicht alleine die Abwesenheit von Gewalt: Die gegenseitige Verweisrichtung von Gerechtigkeit und Frieden nimmt ernst, dass Frieden nur dort ist, wo Freiheit, der Abbau von Not und die Anerkennung kultureller Verschiedenheit befördert werden. Das spricht dafür, dass auch das Kriegsende vorbereitet werden muss – vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass die Einstellung militärischer Gewalt

auch wirklich einen dauerhaften Frieden befördert oder jedenfalls wahrscheinlich macht. Ein einseitiger Ruf etwa nach Waffenstillstand oder einem sofortigen Kriegsende ist daher, obgleich grundsätzlich anzustreben, aus ethischer Perspektive nicht immer geboten. Vielmehr ist zu prüfen, ob er gerechten Frieden überhaupt ermöglichen kann: Denn wenn es in der Zivilbevölkerung sowie bei den jeweiligen Regierungen keine Akzeptanz dieses Kriegsendes gibt, dann wird der Frieden mutmaßlich nicht von Dauer sein; eine weitere, dynamisierte Eskalation des Konfliktes möglicherweise wahrscheinlicher. Zugleich müssen alle friedensbereitenden Bestrebungen unbedingt auch schon während eines militärischen Konflikts unterstützt werden. Eine besondere Rolle kommen dabei Zivilgesellschaft und NGOs zu, die Reparationen, Aufarbeitung, Versöhnungsarbeit etc. leisten können. Frieden, so kann man vielleicht diese wenigen Schlaglichter beschließen, ist ein Prozess, der schon im Krieg beginnen muss. 

Podium: Diplomatie, Militär und Friedensethik Wie funktionieren Verhandlungen und welche Voraussetzungen benötigen sie?

Dr. Marek Prawda, Diplomat, Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium

»Wie enden Kriege?« – 7. Friedensethischer Studienabend der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 29. Oktober 2024

Die Europäische Union wird »östlicher«

Im Jahr 2004, während der Orangen Revolution, fragten wir den ukrainischen Schriftsteller Juri Andruchowytch in Warschau: »Was können wir Polen jetzt für euch Ukrainer tun?« Seine Antwort lautete: »Eigentlich nicht viel, aber sagt denen im Westen, dass es uns auch gibt.«

Erst viele Jahre später habe ich besser begriffen, was er meinte und wie recht er hatte. Auf die heutige Situation übertragen, würde ich seinen Appell von damals als einen Aufruf zu Empathie für ein Volk verstehen, das von Vernichtung bedroht ist. Ein Volk, das existenzielle Sorgen hat, braucht natürlich allseitige Unterstützung. Waffenlieferungen statt Waffenstillstand, der auf eine Kapitulation hinausläuft. Wir wissen, dass ohne die Hilfe des Westens die Ukraine nicht mehr existenzfähig wäre.

Erlauben Sie mir noch ein zweites Beispiel anzuführen, das ich für den Kommentar zur jetzigen Lage benötigen werde. Im September 2022, also bereits nach der russischen Vollinvasion in die Ukraine, sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in ihrer Jahresansprache zum Stand der Union etwas Bemerkenswertes: »Wir hätten auf diejenigen hören sollen, die Putin kennen, die in der Vergangenheit mit ihm zu tun hatten, auf Anna Politkowskaja und all die russischen Journalisten, die die Verbrechen aufgedeckt und den höchsten Preis dafür bezahlt haben. (...) Wir hätten auf die Stimmen hören sollen, die innerhalb unserer Union (...) erhoben wurden«.

Das klang wie ein Eingeständnis nicht erledigter Hausaufgaben, die man nun nachholen müsse. Die Berufung der Kommissionspräsidentin auf das Schicksal von Anna Politkowskaja, die 2006 ermordet wurde, drückte den starken Willen aus, den Vektor zu wechseln. Die EU hat offensichtlich beschlossen »östlicher« zu werden, sich nach

Osten und für dessen Expertise zu öffnen, um etwa die wirklichen Ziele des Aggressors mit den Augen der unmittelbar Betroffenen, ohne Illusionen, zu betrachten. Das östliche Element sollte mithin zum unabdingbaren Bestandteil der kollektiven Identität Europas werden. Vielleicht wäre die Europäische Union besser auf den Schock des russischen Angriffs auf die Ukraine vorbereitet gewesen, wenn die so verstandene »Veröstlichung« der EU früher eingesetzt hätte.

Aus heutiger Sicht darf diese Weichenstellung so verstanden werden, dass man zum Beispiel keinen falschen Frieden, der auf Illusionen basiert, akzeptieren dürfte. Bei Verhandlungen zur Beendigung eines Konflikts stellen wir normalerweise die Frage nach Zugeständnissen oder Kompromisslösungen. Was sollte man tun, damit die andere Seite ihr Gesicht wahren bzw. in einem spezifischen Sinne zufriedengestellt werden könnte?

Das ist aber schwierig, wenn ein Aggressor nicht »zufriedengestellt« werden kann, weil er geradezu unzufrieden bleiben will. Er möchte nämlich als sein Hauptziel eine Gemeinschaft der Unzufriedenen führen. Und wenn man dieser Logik konsequent folgt, wird uns klar, dass der Aggressor keine friedliche Ukraine braucht. Er braucht eine Ukraine, die auf längere Sicht instabil und geschwächt ist. Das ergibt sich aus seiner Grundhaltung: Der Westen wird nicht etwa als eine Bedrohung angesehen, weil er etwas tut; er stellt eine Bedrohung dar durch das, was er ist, auf welchen Werten und Regeln er aufgebaut wurde. Vor diesem Hintergrund erscheint eine effektive und glaubwürdige Abschreckung als die einzig mögliche Option für uns.

Was selbstverständlich helfen kann und die Schlüsselrolle spielen sollte, sind Sicherheitsgarantien. Dazu gehört auch eine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine, auch wenn dies heute noch in weiter Ferne zu liegen scheint. Als Diplomat glaube ich natürlich an die Rolle der Diplomatie. Allerdings muss die Diplomatie die Handlungslogik des Partners berücksichtigen, sonst wird sie nicht zu einem guten Ergebnis führen. Wir müssen eine Situation schaffen, in

der es für den Aggressor allzu kostspielig sein wird, weitere Angriffe zu unternehmen.

Unsere Westbindung steht auf dem Spiel

Zu Anfang hat Herr Professor Hübner gefragt, was heute – im Kontext der russischen Aggression – auf dem Spiel steht. Das Fortdauern unserer liberalen Friedensordnung wäre die selbstverständliche Antwort. Aus der spezifischen deutsch-polnischen Sicht würde ich aber noch die Westbindung hinzufügen. Das heißt die potenzielle Gefahr ihrer Infragestellung.

Die Wahlergebnisse in den östlichen Bundesländern im Herbst 2024 haben offengelegt, dass einem beträchtlichen Teil der Bürger Putins Russland nähersteht als Amerika. Da wird nicht selten das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine als anti-russische Provokation angesehen. Da wird Russland gerne ein legitimes Recht auf seine Einfluss-sphäre attestiert. Um Wähler an sich zu binden, bewegen sich sogar etablierte Parteien in diese Richtung. In unseren Augen riecht das gefährlich nach einem Experiment mit der »Westbindung«, die bekanntlich als Fundament der kollektiven politischen Identität der Bundesrepublik galt. Als ihre Staatsräson.

Die historische Entscheidung Deutschlands, sich eindeutig an den Westen zu binden, war ebenfalls eine notwendige Voraussetzung dafür, die deutsch-polnischen Beziehungen von ihren historischen Lasten zu befreien. Als Polen nach dem politischen Umbruch von 1989 den westlichen Strukturen beitreten durfte, wurden beide Staaten zum Teil »des Westens«. Damit wurde Deutschland seine Fatalität der Mittellage und Polen seinen Fluch des Sicherheitsvakuum los. Und beides geschah als Folge eines historischen Prozesses, der eigentlich mit der Gründung der *Solidarność* im August 1980 begonnen hatte. Eine neue, diesmal hoffnungsvolle, deutsch-polnische Schicksalsgemeinschaft wurde geboren.

Und sie würde in Gefahr geraten, wenn wir die Westbindung als Fundament verlören. Sollten die Vereinigten Staaten nach den Präsidentschaftswahlen noch dazu ihre Verbindung mit Europa lockern, könnten auf dem Kontinent unerwartete Energien freigesetzt werden. Diese sollten wir um jeden Preis verhindern.

Ukrainische Lektionen

Der Krieg hat vieles verändert und uns wichtige Lektionen erteilt. Wir wissen jetzt deutlicher als

vorher, dass die Demokratie imstande sein muss, Kriege zu gewinnen. Auch wenn sie naturgemäß friedlich ist. Wir müssen Demokratie und Frieden mit aller Kraft verteidigen, weil wir sonst mit der Stärke und Rücksichtslosigkeit der anderen konfrontiert werden. Der Urlaub von der Geopolitik ist zu Ende. Das hat Konsequenzen für die EU, die nun anders über sich selbst zu denken beginnt. Sie verwandelt sich tendenziell von einer Regelfabrik in eine Schicksalsgemeinschaft. Europa lernt die Sprache der Führung, um nicht nur universelle und sichere Wahrheiten zu verkünden. Die Europäische Union lernt, auf internationaler Bühne zu laufen, eine Großmacht unter Großmächten zu sein.

Obwohl sie keine Verteidigungsallianz ist, muss sie sich verstärkt mit der Sicherheit in all ihren Facetten beschäftigen. Die Sicherheitsfrage wurde zwangsläufig zu ihrer Top-Priorität. Daraus ergeben sich als Aufgaben, die europäischen militärischen Fähigkeiten zu steigern und bestehende Lücken in diesem Bereich zu schließen. Eine engere Zusammenarbeit mit der NATO schließt eigene Ambitionen der EU auf dem Feld der Verteidigung nicht mehr aus.

Infolge des Krieges hat sich die allgemeine Haltung wie auch die Stimmung rund um die EU-Erweiterung verändert. Kein anderes Ereignis nach 1989 hat die europäische Politik so stark beeinflusst. So wie nach dem Ende des Kalten Krieges hat die EU jetzt wieder eine Mission, sich gegenüber neuen Kandidaten zu öffnen. Beide historischen Prozesse sind bis auf einen Punkt vergleichbar. Damals konnten wir uns Grauzonen in der Sicherheit durchaus vorstellen. Wir konnten damit leben, weil die Beziehungen zwischen Russland und der EU doch anders aussahen. Heute, nach 2022, erleben wir eine scharfe Spaltung des Kontinents. Solche Grauzonen wären jetzt eine direkte Einladung für den russischen Imperialismus.

Deshalb ist es im strategischen Interesse der Europäischen Union Länder, die die EU-Mitgliedschaft anstreben und die Aufnahmebedingungen erfüllen, in den sicheren Hafen aufzunehmen. Dabei handelt es sich vor allem um die prinzipielle Bereitschaft, sich wieder mit der Erweiterung zu beschäftigen und diese als Chance für die Gemeinschaft anzusehen. Diesem Thema wird sich die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2025 vorrangig widmen.

Es geht hier nicht nur um unsere östlichen Nachbarn, sondern auch um die Staaten des Westbal-

kans. Einige von ihnen sind schon sehr lange auf dem Weg zum Beitritt. In vielen Fällen haben sich Beschwerden und Frustrationen angestaut. In den nächsten Monaten kann es aber zu einem sichtbaren Fortschritt zumindest im Falle Albaniens und Montenegros kommen, was sich hoffentlich auf die Stimmung in anderen Ländern positiv auswirken wird. Bei den anderen Kandidaten stehen häufig noch historisch bedingte bilaterale Probleme im Wege. Daher haben Warschau und Berlin beschlossen, ein einwöchiges Seminar für Vertreter dieser Länder in Kreisau zu organisieren, mit dem Ziel, den deutsch-polnischen Versöhnungsprozess als gelungenes Beispiel zu präsentieren. Weitere Kontakte in diesem Sinne sind von der polnischen Ratspräsidentschaft geplant.

Diskussion

Vielen Dank, Herr Prawda. Vielen Dank für Ihre deutlichen Worte, Demokratie zu verteidigen und dafür alles einzustehen. Ich nehme ein paar Worte aus dem Chat auf. Sie sind Diplomat, Sie kennen die Situation des Perspektivwechsels. Da war auch diese Frage aus dem Chat: Wie verstehen Sie eigentlich die Handlungslogik Russlands? Wie würden Sie diese einordnen, die Handlungslogik Russlands, um einmal Russland zu verstehen?

Der Perspektivwechsel hilft zum Beispiel, die deutsche Russlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zu verstehen. Im Rahmen der Rollenverteilung im Westen setzte man in Deutschland auf Dialog mit Elementen der Abschreckung, während andere auf Abschreckung mit Elementen des Dialogs setzten. Das konnte niemanden überraschen. Der Westen folgte jahrzehntelang der Handlungslogik, dass mit Russland eine strategische Zusammenarbeit möglich wird. Spätestens vor achtzehn Jahren erklärte aber Präsident Putin in München, dass er die bestehende Ordnung und Sicherheitsarchitektur ablehnt. Dass die nach dem Kalten Krieg getroffenen Entscheidungen, die eine Erweiterung der internationalen Strukturen umfassten, zurückzudrehen seien. Alle westlichen Angebote zur Zusammenarbeit wurden als Gelegenheit genutzt, einen Keil zwischen die westlichen Länder zu treiben. Darin drückt sich die Handlungslogik des heutigen Russlands aus.

Dem obersten Ziel Russlands, der allgemeinen Schwächung der liberal-demokratischen Ordnung, soll das Schüren antiwestlicher Stimmungen dienen, die weltweit immer populärer werden. Wenn ich irgendwo in fernen Staaten mit meinen Partnern darüber spreche, dass die Unterstützung der Ukraine heutzutage als Test für politischen An-

stand angesehen werden sollte, dann fragt man mich: Wo war Europa, als wir vor Jahren von unseren Nachbarn überfallen wurden? Fast alle haben Nachbarn, die sie irgendwann angegriffen haben. Der Krieg gegen die Ukraine hat viele in der Welt daran erinnert, dass sie einmal »vom Westen« vergessen, gedemütigt oder in einen schlechten Zustand gebracht worden sind. Wir erleben heute, zum Teil auch als eine indirekte Folge der pro-ukrainischen Mobilisierung, einen wachsenden Unmut gegenüber dem Westen.

In der nun im Entstehen begriffenen post-westlichen Welt gehört es zu Russlands Handlungslogik, diese Gefühle aufzunehmen und durch Verstärker zu artikulieren. Wir müssen darauf eine Antwort finden. Der globale Süden wird nicht mehr unkritisch alles hinnehmen, was vom Westen kommt. Vielleicht hilft uns der mit Recht empfohlene Perspektivwechsel, die Interessen des Südens stärker zu berücksichtigen. Die herkömmliche »demokratische Evangelisierung« hat wohl ausgedient.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie ein Experimentieren auch in Deutschland mit der Westbindung beobachten?

Als ich Botschafter in Deutschland war, habe ich viel über Äquidistanz zu Amerika und Russland gehört. Und kürzlich hat man in den Wahlkampagnen in deutschen Bundesländern, soweit ich das beobachten konnte, ähnliche oder noch weiter gehende Ansichten und Kommentare erlebt. Man fürchtete sich da gelegentlich weniger vor Russland als vor Mittelstreckenraketen aus Amerika. Bei der Betrachtung des Krieges setzte man oft die russische Brille auf. Das sind für mich gefährliche »Experimente« mit dem Fundament, das die Westbindung für unsere Staaten darstellt. Verständnis für russische Einflusssphären würde die Preisgabe der östlichen Nachbarn an Russland nach sich ziehen. Ebenso würde es die Reputation der internationalen Institutionen und ihrer Wertegrundlagen unterminieren. Und das ist doch der Ast, auf dem wir gemeinsam sitzen.

Ja, Sie sind Diplomat durch und durch. Was meinen Sie, aus der polnischen Perspektive, auch das ist eine Frage aus dem Chat, was sollte jetzt Deutschland, was sollte die EU konkret tun?

Vor allem dürfen wir uns nicht spalten lassen. Mehr denn je brauchen wir europäischen Zusammenhalt, um besser für unsere Sicherheit zu sorgen und der Ukraine helfen zu können. Unser wirtschaftliches Potenzial spricht dafür, dass wir

in Sachen Verteidigung in der Zukunft selbständiger sein können. Wir brauchen mehr Verständnis dafür, dass die Ukrainer um unsere »universellen« Werte kämpfen. Das tun sie mit ihren verschiedenen Motivationen und wie auch immer definierten eigenen Werten. Deshalb schulden wir ihnen all das, was uns heute zur Verfügung steht.

Und ganz konkret muss sich Europa seine weit gefasste Sicherheit finanziell leisten. Mit dem Post-Corona-Aufbaufonds haben wir gezeigt, wie sich große Summen mobilisieren lassen. Gemeinsame europäische Anleihen mit langer Laufzeit sind eine Option. Nach der deutschen Bundestagswahl wird man diese Debatte führen müssen.

Eine letzte Frage: Ich habe gehört, dass für Sie auch Dietrich Bonhoeffer eine ganz große Rolle spielt. Was ist für Sie, gerade wenn Sie das Stichwort universelle Werte nennen, ein Wort Bonhoeffers, das Ihnen wichtig geworden ist und das Ihnen jetzt hilft – auch im Blick auf diese Werte, für die wir uns einzusetzen haben.

Wenn ich 30 Sekunden habe, um Bonhoeffer zu erklären, dann fällt mir jetzt dieser Satz ein, sinngemäß:

Wenn ein Wahnsinniger seine Passagiere mit dem Auto gegen die Wand fährt, musst du versuchen, ihn vom Lenkrad zu reißen. Du darfst nicht passiv bleiben. Und als Pastor kann ich mich nicht damit zufriedengeben, nur die Hinterbliebenen zu trösten.

Das war ein Plädoyer für einen radikalen Einsatz für universelle Werte.

Vielen Dank für Ihre Zeit.



Podium: Die Situation in Georgien

Georgische Kultur zwischen Imperien

Dr. Irine Beridze, Kulturwissenschaftlerin, Leibniz-Institut für die Kultur und Geschichte des östlichen Europas

»Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität« – 8. Friedensethischer Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 19. März 2025

Das Zentrum, das Besondere der georgischen Kultur liegt natürlich in seiner Sprache mit dem georgischen Alphabet. Die Schaffung der georgischen Schrift ist mit dem Namen des georgischen Königs Parnawaz (3. Jh.v.Ch.) verbunden. In georgischer Schriftsprache wurden die ersten Werke, in der Regel Übersetzungen religiöser Texte – theologisch ausgerichtetes Schrifttum – schon im 5. Jahrhundert verfasst. Die hagiographische Arbeit »Martyrium der heiligen Schuschanik« (წამებაჲ წმიდისა შუშანიკისი დედოფლისაჲ) weist eine unglaubliche künstlerische Reife des Autors Iakob Tsurtaweli auf, der im 5. Jahrhundert als georgisch-orthodoxer Priester und Schriftsteller tätig war.

Nicht unerwähnt bleiben darf Schota Rustawelis Versepos »Der Recke im Tigerfell« (ვეფხისტყაოსანი), das im frühen 13. Jahrhundert neue Maßstäbe der georgischen Literatur setzt. Während noch die berühmte Königin Tamar Georgien regiert, verfasst Rustaweli ein Werk, das einen Bruch mit dem christlich-orthodoxen Kultur aufweist und sich der persisch-islamischen Kultur zuwendet (aber auch mit der antiken griechischen Philosophie). Rustaweli vereint (Form und Thematik) hier einzigartig persische und europäische Versdichtung.

Die georgische Sprache entwickelte sich über Jahrhunderte bis zur Gegenwart mit ihrer literarischen Tradition natürlich nicht in einem machtfreien Raum. Imperiale Kräfte wie das Russische Kaiserreich und das Osmanische Reich und Persien prägten georgische Kultur stark. Im 19. Jh. (1801-1917) unter der russischen Herrschaft kämpft Georgien gegen die kulturelle und sprachliche Hegemonie des Imperiums. Im Zuge der Russifizierung wurde Georgisch als Verwaltungs- und Kirchensprache abgeschafft. Die Veröffentlichung georgischer Zeitungen und Bücher war stark beschränkt. Aber eben Dichter*innen dieser

Zeit haben maßgeblich zur Herausbildung starker georgischer kulturellen Identität beigetragen: Akaki Zereteli (1840-1915), Ilia Tschawtschawadse (1837-1907) und Wascha Pschawela (1868-1915).


Nach der kurzlebigen Unabhängigkeit Georgiens Anfang des 20. Jahrhunderts wurde eine vielfältige und lebendige Tradition der Moderne und der Avantgarde geschaffen, die in den 1930er Jahren durch stalinistische Repressionen durch Verhaftung, Verbannung und Erschießung von führenden Künstler*innen Georgiens unterbrochen wurde. Autor*innen wie Paolo Iaschwili, Micheil Dschawachischwili und Titsian Tabidze wurden ermordet oder nach Sibirien verbannt. Die erste georgische Filmemacherin, Nutsa Gogoberidze, die Mutter der berühmten Regisseurin, Lana Gogoberidze, wurde für zehn Jahre nach Sibirien verbannt und ihre meisterhaften Stummfilme wurden erst vor kurzem wieder in den russischen Archiven entdeckt.

In den 1970er Jahren wurde im Zuge der sowjetischen Sprachenpolitik versucht, den Status der georgischen Sprache als Staatssprache abzuschaffen. Im April 1978 begann in Tbilissi eine mächtige Bewegung gegen die geplanten Verfassungsänderungen und die Sowjetregierung war gezwungen, ihre Pläne vorerst aufzugeben.

Georgien hat zwar eine »Kleine Literatur«, trotzdem durfte das Land im Jahr 2018 als Gastland auf der Frankfurter Buchmesse (Motto: Georgia made by Characters) auftreten. Autor*innen wie Grigol Robakidze, Giwi Margwelaschwili und zuletzt Nino Haratischwili prägten und prägen die engen deutsch-georgischen kulturellen Beziehungen, die durch Exil, Flucht und Migrationserfahrungen maßgeblich geprägt wurde und sowohl die georgische als auch die deutsche Kultur und Literatur bereicherte. Einer der wichtigsten literarischen Stimmen der georgischen Gegenwartsliteratur, Aka Mortschiladse (zahlreiche Übersetzungen seiner Werke liegen auf Deutsch vor) formulierte in seiner Eröffnungsrede 2018 in Frankfurt am Main folgendes: »Für uns bedeutet unsere Kultur unser Leben. Unsere Geschichte ist die

Geschichte unseres Überlebens.« Und weiter »Sie [georgische Kultur] war stur, seltsam, extrem humanistisch und in vielerlei Hinsicht verzerrt, aber genau das machte sie nun einmal aus [...]«

Georgische Kultur ist einzigartig durch ihre multikulturelle, multiethnische und multilinguale Kulturtradition, die sowohl durch die westeuropäisch-christlichen als auch durch die islamischen (Arabisch/Persisch) Einflüsse ihre kreative Kraft schöpfte. Oft wurden diese ethnische, sprachliche und kulturelle Vielfalt durch die Imperien – das Russischen Kaiserreich, die Sowjetunion und das Osmanische Reich – zur Schaffung ethnischer Konflikte missbraucht. Kriege in Abchasien und Südossetien, die das kollektive Gedächtnis der

georgischen Gesellschaft weiterhin prägen, spalteten für Jahrzehnte georgische Regionen und ihre kulturellen Prozesse voneinander. Der Südkaukasus wird oft mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan als Konfliktraum mit fließenden Identitäten und absurden Grenzen begriffen. Der Südkaukasus ist aber auch ein Raum der kulturellen Begegnung und der fruchtbaren Verflechtung. Nur so konnten sich Georgien und Armenien gegen die kulturelle Hegemonie der Imperien behaupten. Gegenwärtig gilt es weiterhin, trotz der autoritären Wende der georgischen Regierung, die eigenständige literarische Tradition zu entwickeln und die georgische Schriftsprache gegen die russische kulturelle Überlegenheit in der Region zu bewahren. 

Podium: Die Situation in Georgien

Bischof Rolf Bareis, Ev.-Lutherische Kirche und Georgien und dem südlichen Kaukasus

»Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität« – 8. Friedensethischer Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 19. März 2025

Die Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Georgien und dem südlichen Kaukasus ist eine wechselvolle Geschichte des kulturellen Austauschs und der diakonischen Arbeit. Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen ist diese Arbeit aber verschiedentlich bedroht und für Menschen und Gemeinden deutlich erschwert.

Vor ca. 200 Jahren kamen deutsche Siedler in den Kaukasus und haben einen lutherischen Pietismus »mitgebracht«. In Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg wurden fast alle ethnischen Deutschen aus dem Kaukasus in den Osten (Kasachstan/Sibirien) deportiert. Deutsches Leben im Kaukasus hat faktisch aufgehört – lediglich architektonische Spuren und andere Weinanbaumethoden blieben zurück.

In den 50er Jahren fand unter Chruschtschow in der Sowjetunion ein großes Industrialisierungs- und Entwicklungsprogramm statt – auch in Georgien. So kamen viele Spezialisten aus der ganzen Sowjetunion nach Georgien – darunter auch zahlreiche, gut ausgebildete Deutsche. Über sie kam auch das Luthertum wieder in den Kaukasus, weshalb in unserer Kirche bis heute Russisch eine wichtige und auch im Gottesdienst verwendete Sprache ist. So finden die Gottesdienste in der Regel dreisprachig statt: georgisch, russisch, deutsch).

Unsere Lutherische Kirche hat ein ausgeprägt diakonisches Profil, mit dem sie in die Gesellschaft hineinwirkt und deutlich wahrgenommen wird, mehr als man bei der Größe unserer Kirche zunächst denken könnte. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass wir als »Deutsche Kirche« angesehen werden – auch wenn wir immer betonen, dass wir keine Nationalkirche sind, sondern Kirche immer offen für alle sein muss. Das ist im gesamten Osten durchaus nicht selbstverständlich, wird doch die ethnische Zugehörigkeit fast identisch mit der Religions- und Konfessionszugehörigkeit gesetzt. Wenn man es positiv sehen will, ist die Konfessionszugehörigkeit identitäts-

stiftend. Negativ gesehen ist sie ausgrenzend und neigt zu nationalistischen Tendenzen. So versteht sich die georgisch Orthodoxe Kirche als georgische Nationalkirche. Hier spricht man auch meist nur von der georgischen Kirche, während die Armenisch Apostolische Kirche die armenische Kirche, die katholische Kirche die polnische und eben die Lutherische Kirche die deutsche Kirche ist. Die georgisch Orthodoxe Kirche bildet so etwas wie die Leitkultur Georgiens – ungeachtet der rund 20 % anderer kulturell, ethnischer und religiöser Gruppen.

Auf der offiziellen, oberen Ebene haben wir einen sehr guten Kontakt zur Georgisch Orthodoxen Kirche, wie auch zu allen anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften. An der Basis jedoch, ist das Verhältnis zu vielen georgisch Orthodoxen Priestern weitaus schwieriger und problematischer.

Geographisch ist Georgien das Scharnier zwischen Orient und Okzident, Norden und Süden, Asien und Europa. 2008 standen schon einmal russische Truppen nur 20 km vor Tiflis. Dieses Trauma, einer möglichen russischen Annexion und dass mit Abchasien und Südoossetien 20% des georgischen Staatsgebietes unter russischem Einfluss stehen, lässt Georgien eine eher distanzierte Haltung gegenüber Russland einnehmen. Nach wie vor ist in der Verfassung eine Annäherung an Europa festgeschrieben. Und das, obwohl in der Realität Russland der größte Handelspartner, Energielieferant und Nachbar Georgiens ist.


Insofern muss dem in Europa gängigen Narrativ in Bezug auf die Haltung Georgiens gegenüber Russland widersprochen werden: Es geht in Georgien nicht um eine Hinwendung zu Russland, sondern um die Stabilisierung des Landes und den eigenen Machterhalt. Leider geschieht dies durch immer stärkere und rigidere Kontrollen, wie z.B. dem sogenannten »Agentengesetz«: es schreibt vor, dass alle Organisationen, die nicht Körperschaft öffentlichen Rechts sind, und die zu mehr als 20 % vom Ausland finanziert werden, sich registrieren lassen müssen. Davon ist unsere Kirche glücklicherweise ausgenommen – nicht aber unser diakonisches Werk. Mit dem sog. »amerikanischen Gesetz«, das sich am das Transparenzgesetz der USA aus den 30er Jahren des

letzten Jahrhunderts orientiert, wird diese »Transparenz« nun auch auf private Haushalte und Personen ausgeweitet. Das Gesetz ist verabschiedet und wird in wenigen Wochen in Kraft treten.

Trotz zum Teil drakonischer Strafen protestieren seit Wochen täglich Tausende Menschen gegen diese Gesetzgebung – leider ohne eine wirkliche Alternative anzubieten. Und, auch das darf man nicht völlig ausblenden, die Regierung hat nach wie vor einen beachtlichen Rückhalt in der Bevölkerung. Es geht ein Riss durch die Gesellschaft.

Desolidarisierung und auch Furcht vor Repressionen und zunehmend existenzielle Nöte betreffen viele der vor allem sozial schwächeren Bevölkerungsteile. Viele NGO haben ihre Arbeit eingestellt. Damit gingen viele – meist gut bezahlte – Arbeitsplätze und Folgeaufträge für georgische Unternehmen verloren. Der Tourismus, die

Haupteinnahmequelle vieler Georgier, ist eingebrochen.

Der Riss, von dem ich eben gesprochen habe, geht auch durch unsere Kirche. So versuchen wir als Kirche, Räume der Verständigung offenzuhalten und orientieren uns an der christlichen Botschaft von Frieden und Gerechtigkeit. Mit unseren diakonischen und sozialen Projekten versuchen wir beispielhaft die Zivilgesellschaft zu stärken. Besonders wichtig sind in dieser Situation auch Besuche, die den Menschen sichtbar zeigen, dass sie nicht alleine gelassen sind, sondern wahrgenommen werden. Auch die weltweite Vernetzung, das geschwisterliche Gebet und der Einsatz von einzelnen Menschen, die die Situation der Christen am europäischen Scharnier zu Asien im Bewusstsein der Weltbevölkerung halten, sind sehr wichtig für die Menschen hier. Und dazu trägt auch diese Friedensethische Tagung bei. Deshalb ein herzliches Dankeschön für die heutige Themensetzung. 

Podium: Die Situation in Georgien

Mate Saralishvili, Georgischer Theologe und Mitglied im Übersetzer-Team der Stuttgarter Erklärungsbibel

»Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität« – 8. Friedensethischer Studententag der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 19. März 2025

Zunächst einmal möchte ich mich bei allen Rednern bedanken, es war wirklich interessant, alle Beiträge zu hören. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, dass ich heute über Georgien sprechen darf. Ich werde heute versuchen, die religiöse Lage in Georgien zu erörtern.

Die harte Realität, in der wir leben, steht eindeutig in direktem oder zumindest indirektem Zusammenhang mit dem religiösen Hintergrund der aktuellen Ereignisse in unserem Land. Für diejenigen, die mit der Situation nicht ganz vertraut sind, werde ich die religiöse Szene Georgiens kurz darstellen.

Die Mehrheit der georgischen Bürger, nämlich 83 Prozent, sind orthodoxe Christen. Georgien wurde im 4. Jahrhundert (während der Herrschaft von König Mirian, ca. 326 n. Ch.) von einer Frau, der heiligen Nino, zum Christentum bekehrt. Selbst wenn wir sie als nicht authentische statistische Angabe betrachten, die sich als nicht ganz zutreffend erweisen kann, weil viele Menschen der Kirche angehören, ohne an irgendetwas zu glauben, z. B. die Getauften, die Atheisten sind und dennoch zu den Orthodoxen gezählt werden, können wir dennoch ohne weiteres sagen, dass die meisten Georgier orthodoxe Christen sind. In der Sowjetunion war die orthodoxe Kirche Georgiens Teil der Gegenkultur (Counterculture),¹ d. h. sie war gegen das politische System, das gegen religiöse Gruppen gerichtet war. Wir können zum Beispiel Ambrosius den ersten, der orthodoxe Patriarch von 1921-1927, nennen, der gegen das Sowjetregime protestierte und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Im September 1995 wurde er von der Synode der Georgischen Orthodoxen Kirche heiliggesprochen. Wir wissen sehr wohl, dass orthodoxe Geistliche an den Protesten in Amerika beteiligt waren. Als Befürworter der Bürgerrechte war Erzbischof Iakovos einer der wenigen prominenten Geistlichen – und das einzige Kirchenoberhaupt –, der mit Martin Luther King Jr. und anderen beim

zweiten Marsch 1965 in Selma, Alabama, mitlief. Diese Fälle können uns zeigen, dass die orthodoxe Kirche oder, genauer gesagt, die einzelnen Personen innerhalb der orthodoxen Kirche in der Tat Teil der Gegenkultur sein können. Es ist nicht äußerlich und der orthodoxen Erfahrung fremd, sich gegen das herrschende System zu engagieren. Heute ist dies jedoch in Georgien nicht mehr der Fall. Wie wir sehen, ist das Kirchenoberhaupt, das die kirchliche Hierarchie vertritt, nicht Teil der Gegenkultur. Zu Beginn seines Dienstes war er eine der größten ökumenischen Persönlichkeiten, aber jetzt scheint er das Gegenteil zu sein, und einige geben den extremistischen Gruppen innerhalb der Kirche die Schuld daran. Wir können nur sagen, dass er schon sehr lange nicht mehr in diesem Bereich tätig ist.

Die orthodoxe Kirche, die zunächst unter der Sowjetunion bedroht und unterdrückt wurde, wurde Teil des sowjetischen Systems, als Stalin erkannte, dass er die Kirche während des Zweiten Weltkriegs als Institution brauchte (Siehe dazu das Buch von Sergo Ratiani über die georgische Kirche und den Totalitarismus). Die Kirche wurde Teil des politischen Ganzen, und jeder gute Theologe kann die Spuren davon noch heute in der Kirchenpolitik spüren. In den 90er Jahren arbeitete die Kirche mit der nationalen Bewegung zusammen und wurde zum nationalen Identitätsmarker, was zunächst logisch war, da die meisten anderen postsowjetischen Länder ebenfalls den religiösen Nationalismus als Weg aus der Vergangenheit wählten, denn die Erfahrung der Entwurzelung aus den identitätsstiftenden Zusammenhängen wurde von all diesen Ländern sehr schmerzhaft empfunden. Es sollte aber auch betont werden, dass die Erfahrung des symphonischen Verhältnisses von Kirche und Staat in orthodoxen Kulturen, und auch in Georgien, sich als eine Zusammenarbeit von Institutionen manifestierte, die jede echte Opposition auf beiden Seiten ausschloss.

Diese Beispiele, in denen die orthodoxe Kirche Teil der Gegenkultur war, waren in der Tat zu Zeiten und an Orten, wo die orthodoxe Kirche eine Minderheit darstellte. Natürlich war die orthodoxe Kirche in den USA zur Zeit von Erzbischof Iakovos oder in der Sowjetunion zur Zeit von Ambrosius dem Ersten nicht in der Mehrheit.

Daher ist es nicht unerwartet, dass die Kirchen, die in Georgien eine Minderheit darstellen, a priori Teil der Gegenkultur sind. Ich möchte den Teil über die orthodoxe Kirche mit der Tatsache abschließen, dass Vater Zaza Tevzadze, Vater Giorgi Tserodze und auch Archimandrit Dorothe Kurashvili, Bischof Zenon Iarajauli die aktivsten sind, die zwar nicht alle in den höchsten Rängen der Kirchenhierarchie sitzen, sich aber mit dem Volk gegen die ungerechte Politik stellen.

Ich werde nun über Minderheiten sprechen. Die protestantischen Kirchen (die Evangelisch-Baptistische Kirche Georgiens, die Friedens-kathedrale, die Lutherische Versöhnungskirche, die Evangelische Kirche und einige andere), die Muslime (sowohl die Schiiten als auch die Sunniten), Juden aus der progressiven Bewegung und nicht aus der konservativen, und manche Katholiken haben sich an den Protesten beteiligt, indem sie die Menschen bei Bedarf mit Lebensmitteln und Wasser versorgten und sie in Zeiten der Not und Verzweiflung ermutigten. Die religiösen Minderheitsgruppen sind aktiver in der Verteidigung der Menschenrechte, der Gleichberechtigung, der Religionsfreiheit und der friedlichen Koexistenz, sie waren bereits in der Sozialarbeit aktiv, bevor die Ungerechtigkeit so umfassend verbreitet wurde. Diese religiösen Gruppen und religiöse Führungspersonen dieser Gemeinschaften in Georgien haben sich gegen das Unrecht gestellt, aber einige religiöse Minderheitengruppen schweigen noch immer und versuchen, einen Weg zu finden, um nicht aufzufallen. Diese Minderheitengruppen haben sich zu ihrer eigenen Sicherheit auf die Seite der Regierung gestellt. Ich werde jetzt nicht mit dem Finger auf sie zeigen und sie beim Namen nennen, aber die Tatsache, dass sie nicht zusammen mit denjenigen genannt wurden, die Menschen verteidigt haben, reicht aus.

Die Kirchen oder religiöse Institutionen sind natürlich zuerst keine rein politischen Organisationen und sollen in erster Linie etwas sein, das über das Politische hinausgeht, was sich in der Vielfalt der politischen Überzeugungen unter den Gläubigen zeigt, weshalb sich einige Geistliche dafür entscheiden, mehr zu schweigen. Aber was heute geschieht, hat nichts mit den politischen Überzeugungen einzelner Gläubiger zu tun, sondern es ist die Zeit, in der jeder mit Ungerechtigkeit konfrontiert ist, mit der Folterung friedlicher Demonstranten, mit den terrorisierenden Aktionen von Polizisten und Robokopen, mit verhafteten Zivilisten, die ohne jegliche Beweise im Gefängnis festgehalten werden. Deshalb ist das


Schweigen von Geistlichen von der orthodoxen Kirche und manchen anderen religiösen Institutionen angesichts solcher Ungerechtigkeit und Folter von Menschen viel lauter.

Die Menschen, die auf die Straße gehen, werden heute entweder von maskierten Gruppen zusammengeschlagen (wobei den Demonstranten das Tragen von Masken untersagt ist) oder die meisten von ihnen werden mit einer Geldstrafe von 5.000 Gel belegt. Dazu möchte ich nur Folgendes sagen, dass schon die Tatsache, dass man auf die Straße geht, um gegen etwas zu protestieren, ist für die s. g. Regierungspartei ein Grund, die Leute vor Gericht zu rufen. Es gab einige Stiftungen, die versuchten, den Menschen zu helfen, die mit 5.000 Gel bestraft wurden, aber jetzt hat die georgische Traumpartei diese Stiftungen abgeschafft. Einige Leute haben bereits Geldstrafen von mehr als 75.000 Gel. Es ist nicht mehr so, dass die Menschen Angst nur vor einem möglichen Krieg mit Russland haben, sondern die Menschen haben Angst vor einem möglichen totalitären prorussischen Regime in Georgien.

Religiosität ist ein zentraler Bestandteil der georgischen Kultur und wird es auch so bleiben. Die jüngere Generation ist weniger religiös und das ist auf Anhub naheliegend, aber selbst für die Atheisten ist das kulturelle Erbe, das auch religiöse Inhalte in seiner Vielfalt enthält, zu wichtig, als dass sie darauf verzichten könnten. Daher spielt die Religion in unserer Gesellschaft sehr große und wichtige Rolle. Wenn die orthodoxe Kirche angesichts der Polizeigewalt laut und deutlich Stellung beziehen würde, würden sich die Dinge viel schneller ändern. Tatsache ist jedoch, dass sie in ihren Botschaften nicht aufrichtig waren und wenn doch, tendierten und tendieren sie eher zu den Mächtigen als zu den Machtlosen. Die russische religiöse Literatur ist weit verbreitet, und zwar nicht die gute wie Nicholas Afanasiev, Alexander Schmemman und Sergei Bulgakov, sondern die Art von Literatur, die auf isolationistischen und exklusivistischen Tendenzen beruht. Sie richten sich gegen die Ökumene, den interreligiösen Dialog, die westliche Welt und ihre Werte wie Gleichheit, Gewissens- und Glaubensfreiheit. Und das ist gefährlich. Daher möchte die jüngere Generation entweder nicht mit der Religion in Verbindung gebracht werden oder wenn sie mit ihr verbunden sind, besteht die Gefahr, dass sie zu Exclusionisten werden. Diejenigen, die das theologische Erbe sowohl im Osten als auch im Westen schätzen und die menschlichen Werte verteidigen, sind meist entweder im Ausland und studieren in europäischen Ländern, oder, wenn

sie hier sind, hören ihnen nicht viele Menschen zu.

Anmerkung:

¹ eine Lebensweise und eine Reihe von Einstellungen, die im Gegensatz zur vorherrschenden sozialen Norm stehen oder von dieser abweichen. 

Podium: Die Situation in Armenien

Dr. Guren Petrossian, Referent für Völkerstrafrecht, Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien

»Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität« – 8. Friedensethischer Studientag der Evangelischen Akademien in Deutschland (online), 19. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre Aufmerksamkeit und das Interesse an einem Thema, das in der deutschen wie auch in der internationalen Medienlandschaft leider kaum Beachtung findet. Umso wichtiger ist es, dass wir heute die Gelegenheit haben, diesem Thema die notwendige Sichtbarkeit zu verschaffen. Meine Ausführungen werde ich in drei Teilen gliedern:

Erstens werde ich die aktuellen internationalen Gerichtsverfahren darstellen, die zwischen Armenien und Aserbaidschan anhängig sind, sowie ihre völkerrechtliche Relevanz beleuchten. Zweitens widme ich mich den sogenannten Friedensverhandlungen und ihren problematischen Rahmenbedingungen. Abschließend werde ich beide Themenkomplexe in einer juristischen Gesamtanalyse zusammenführen.

I. Internationale Gerichtsverfahren und ihre Bedeutung

Derzeit sind mehreren Verfahren anhängig, in denen sich Armenien und Aserbaidschan gegenseitig vor internationalen Gerichtsinstanzen verklagt haben. Von zentraler Bedeutung ist hierbei das Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) – der höchsten Instanz zur Klärung völkerrechtlicher Streitigkeiten zwischen Staaten. Beide Staaten haben dort Klage wegen mutmaßlicher rassistischer Diskriminierung erhoben – gestützt auf die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD). Bei genauer Betrachtung der bisherigen Verfahrensentwicklung zeigt sich jedoch eine deutliche Tendenz: Die Klagen Aserbaidschans gegen Armenien wurden vom IGH weitgehend abgewiesen, wohingegen die Klagen Armeniens substantiell angenommen und durch einstweilige Maßnahmen gestützt wurden. Mehrere bindende Anordnungen des IGH gegen Aserbaidschan, darunter etwa die Verpflichtung zur Gewährleistung der Rechte der armenischen Be-

völkerung, blieben bislang unbeachtet. Diese Missachtung völkerrechtlich bindender Entscheidungen steht in direktem Zusammenhang mit der faktischen Vertreibung der gesamten armenischen Bevölkerung aus der Region Bergkarabach. Das Verfahren befindet sich derzeit in der Hauptverhandlung, ein Urteil wird jedoch nicht in naher Zukunft erwartet. Offensichtlich befürchtet Aserbaidschan eine Feststellung der eigenen Völkerrechtsverantwortung – insbesondere wegen systematischer Diskriminierung und schwerer Menschenrechtsverletzungen – und versucht daher, Druck auf Armenien auszuüben, sämtliche Verfahren, sowohl vor IGH als auch vor Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zurückzuziehen. Dies wird sogar zur Bedingung für ein mögliches Friedensabkommen erhoben. Doch aus juristischer Sicht gilt:

Ein dauerhafter Frieden ist ohne rechtliche Aufarbeitung nicht denkbar. Frieden ohne Gerechtigkeit bleibt ein fragiles Konstrukt.

Ein weiteres zentrales Element der aktuellen Problematik ist der tief verankerte, institutionalisierte Hass gegen Armenier in Aserbaidschan – ein Phänomen, das in seiner systematischen Ausprägung kaum Parallelen in Armenien findet. Ein prägnantes Beispiel ist der Fall des aserbaidshanischen Soldaten Ramil Safarov, der während einer NATO-Übung 2004 in Ungarn einen schlafenden armenischen Offizier mit einer Axt enthaupete. Obwohl Safarov in Ungarn zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde, wurde er später nach Aserbaidschan ausgeliefert – unter diplomatischer Zusicherung, dass die Strafe dort vollstreckt werde. Stattdessen wurde er am Flughafen mit Blumen, Geschenken und einem roten Teppich empfangen und umgehend begnadigt. Dieses Verhalten stellt eine staatliche Glorifizierung einer rassistisch motivierten Tötung dar – und setzt damit gefährliche Signale. Während des jüngsten Krieges wurde diese Ideologie weiter radikalisiert: Aserbaidschanische Soldaten filmten und verbreiteten in sozialen Netzwerken Entkopplungen und Verstümmelungen armenischer Soldaten und Zivilisten – eindeutig motiviert durch ethnischen Hass. Das Ziel war nicht der Gegner als Kämpfer, sondern der Armenier als solcher. Ein besonders abscheuliches Symbol dieser Propaganda ist der sogenannte »Trophäen-


park« in Baku: Dort wurden lebensgroße Puppen armenischer Soldaten mit verzerrten Gesichtszügen und übergroßen Nasen ausgestellt – eine Darstellung, die nicht nur entmenslicht, sondern gezielt antisemitisch-rassistischen Stereotypen nachempfunden ist. Derartige Inszenierungen erinnern in erschreckender Weise an die Hetzpropaganda der NS-Zeit, insbesondere an die Karikaturen im »Stürmer« unter Julius Streicher, der vom Nürnberger Tribunal unter anderem wegen Aufstachelung verurteilt wurde.

II. Die sogenannten Friedensverhandlungen

In den vergangenen Tagen hat die armenische Regierung öffentlich ihre Bereitschaft erklärt, eine Friedensvereinbarung zu unterzeichnen – einschließlich weitreichender Zugeständnisse wie dem Rückzug aus laufenden Gerichtsverfahren. Dieser Schritt wurde von der Bundesregierung begrüßt – eine Position, die aus völkerrechtlicher Sicht höchst fragwürdig erscheint. Es ist schwer nachvollziehbar, wie ein nachhaltiger Frieden erreicht werden soll, wenn der Rechtsweg bewusst unterbunden wird. Die Realität zeigt:

Aserbaidschan verfolgt mitnichten das Ziel eines stabilen Friedens, sondern strebt vielmehr nach territorialer Expansion – insbesondere auf den südlichen Teil Armeniens, den sogenannten Syunik-Korridor. Aktuelle Äußerungen aus Baku, aber auch die politischen Inszenierungen von Verfahren gegen armenische Kriegsgefangene vor aserbaidshanischen Gerichten, deuten vielmehr auf eine Kriegsvorbereitung als auf eine Friedensstrategie hin.

III. Schlussfolgerung

Der Rechtsweg ist kein Hindernis für den Frieden – er ist dessen Voraussetzung. Ein nachhaltiger und gerechter Frieden zwischen Armenien und Aserbaidschan kann nur gelingen, wenn völkerrechtliche Verantwortlichkeiten klar benannt und aufgearbeitet werden. Die internationale Gemeinschaft – und insbesondere Europa – darf sich nicht an einem Frieden beteiligen, der auf dem Verschweigen von Unrecht basiert. Recht ist kein Luxus – es ist die Grundlage für Frieden, Versöhnung und Wiederaufbau. 

Jahrgang 2024

38/24 – **Hoffnung in bedrohten Zeiten – Christliche Beiträge zur Demokratie heute** (Texte der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 28 Seiten / 3,60 €

39/24 – **Eröffnung des Turms der Garnisonkirche Potsdam** (Bundespräsident Steinmeier, 22. August 2024) / **Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma** (Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, 2. August 2024) / **Gott mit Genderstern?** Über den richtigen Umgang mit heiligen Namen (Melanie Köhlmoos, David Lauer) – 20 Seiten / 2,80 €

40/24 – **A Singing Communion. 500 Jahre Evangelisches Gesangbuch** (Tagung des Lutherischen Weltbundes in Kooperation mit dem Kulturbüros des Rates der EKD und der Ev. Wittenbergstiftung der EKD, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg, 27. bis 29. Juni 2024) – 48 Seiten / 4,80 €

41/24 – **Ökumene als Prozess** (Rede von Kirchenpräsident Volker Jung beim Sommerempfang des Konfessionskundlichen Instituts, Bensheim, 30. August 2024) / **Erklärung zur Predigtgemeinschaft** (EKD und VEF, Berlin, 15. September 2024) / **Predigt DEKT-Generalsekretärin Kristin Jahn** (Uelzen, 15. September 2024) – 20 Seiten / 2,80 €

42/24 – **Im Licht Christi – berufen zur Hoffnung** 9. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), Hermannstadt/Sibiu, Rumänien, 27. August bis 2. September 2024 – 52 Seiten / 5,30 €

43/24 – **Tag der Deutschen Einheit** Predigten von Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und Erzbischof Koch, Schwerin, 3. Oktober 2024 / **75 Jahre Deutscher Evangelischer Kirchentag** Texte vom Kirchentag in Greifswald, 21. September 2024 / **Eröffnung der Interkulturellen Woche** Geistliche Impulse von Bischof Ackermann und Präses Latzel, Saarbrücken, 21. September 2024 / **Jahresempfang des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer** Impulsvortrag von Landesbischof Kopp, Frankfurt/Main, 25. September 2024 – 24 Seiten / 3,60 €

44/24 – **Interreligiöser Gottesdienst in Erinnerung an den Überfall auf Israel** (Bischof Stäblein/Rabbiner Nachama/Bundespräsident Steinmeier, Berlin, 7. Oktober 2024) – **Gedenkveranstaltung zum fünften Jahrestag des Terroranschlags auf die Synagoge in Halle** (Bundespräsident Steinmeier/ Zentralratspräsident Schuster/Landesbischof Kramer, Halle (Saale), 9. Oktober 2024) – 20 Seiten / 2,80 €

45/24 – **Flüchtlingsschutz unter Druck. Wie verteidigen wir das Recht auf Asyl?** 24. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, 24. bis 25. Juni 2024 – 28 Seiten / 3,60 €

46/24 – **Diskurskultur und politische Bildung – Die Evangelischen Akademien in einer Zeit der Transformation** (Positionspapier der Ev. Akademien in Deutschland, 23. Oktober 2024) – **Stellungnahmen zur Demokratie** (Evangelische Akademien in Ostdeutschland, August 2024) – **Vorschläge der Diakonie**

Deutschland für ein Suizidpräventionsgesetz (Berlin, 7. August 2024) – 24 Seiten / 3,60 €

47/24 – **Reformationstag 2024** (Predigten und Vorträge) – 32 Seiten / 4,30 €

48/24 – **Die evangelische Kirche in Deutschland in der Pandemie – Erste Ergebnisse aus dem internationalen Forschungsprojekt Recov-19** (Dr. Hannah Grüenthal, Universität Bremen) – 16 Seiten / 2,80 €

49/24 – **Verleihung des ökumenischen Predigtpreises 2024** (13. November 2024, Schlosskirche der Universität Bonn) – 28 Seiten / 3,60 €

50/24 – **Synodentagung (1)** Texte zur Generalsynode der VELKD und der UEK-Versammlung, Würzburg, 8. bis 11. November 2024 – 52 Seiten / 5,30 €

51/24 – **25 Jahre Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre** – 68 Seiten / 5,60 €

Jahrgang 2025

1-2/25 – **Rüstungsexportbericht 2024** der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) – 60 Seiten / 6,60 €

3/25 – **Zwischen Paternalismus und Partizipation** Kirchliche Mildtätigkeit als Herrschaftsform nach 1945? (Jahrestagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen, Hamburg, 27. bis 28. September 2024) – 52 Seiten / 6,60 €

4/25 – **Synodentagung (2)** Texte zur Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Würzburg, 10. bis 13. November 2024 – 32 Seiten / 5,40 €

5/25 – **Religionspolitik gemeinsam neu denken. Perspektiven aus Religion und Politik im Diskurs zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Religionspolitik in Deutschland** (Fachtagung im Rahmen des Projekts *MuslimDebate 2.0* der Alhambra Gesellschaft e.V. in Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin, 15. bis 17. März 2024) – 60 Seiten / 6,60 €

7/25 – **Synopse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2025** – 56 Seiten / 6,60 €

8/25 – **Gemeinsame Stellungnahme der Kirchen** zum Entwurf des Zustrombegrenzungsgesetzes – **Gedenkstunde im Bundestag für die Opfer des Nationalsozialismus – Gedenken an Opfer des Magdeburger Anschlags – Diversität in der Kirche** (Prof. Dr. Isolde Karle) – **Letzter Synodenbericht von EKHn-Kirchenpräsident Volker Jung** – 28 Seiten / 4,50 €

9/25 – **Synodentagung (3)** Texte zur Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Würzburg, 10. bis 13. November 2024 – 48 Seiten / 6,00 €

10/25 – **Ethische Theologie heute** (Tagung der Evang. Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 18. bis 19. November 2024) – 52 Seiten / 6,60 €

11-12/25 – **75 Jahre Grundgesetz** – Gottesdienstreihe der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jubiläumsjahr 2024 – 84 Seiten / 8,50 €

13/25 – **Schwangerschaftsabbruch** Stellungnahme und Diskussionsbeitrag der EKD (18.12.2024); Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (aus SI-Kompakt, Februar 2025); Gesetzentwurf und Antrag im Deutschen Bundestag (14.11.2024) – 36 Seiten / 5,40 €

14/25 – **Ökumenischer Lagebericht 2024 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD (Bensheim)) – 68 Seiten / 7,00 €

15/25 – »Wie hältst du's mit dem Judentum?« **Das Verhältnis zwischen Judentum und Christentum in den Konfessionen** (Studententagung des Evangelischen Bundes mit Unterstützung der EKIR, Koblenz, 3. bis 5. Oktober 2024) – 24 Seiten / 4,50 €

16/25 – **Verleihung Buber-Rosenzweig-Medaille – 80. Todestag Dietrich Bonhoeffer – Fünfter Jahrestag der Morde von Hanau – Gedenkgottesdienst nach Anschlag in München** – 20 Seiten / 3,50 €

17/25 – **Ist doch kinderleicht? Chancen und Herausforderungen interreligiöser Elementarpädagogik** (Fachtag, 18. November 2024, Köln) – 36 Seiten / 5,40 €

18/25 – **1.700 Jahre Konzil von Nizäa** Predigt und Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Christoph Markschies, Predigten von Landessuperintendent Dietmar Arends und Landesbischöfin Heike Springhart
24 Seiten / 4,50 €

19/25 – **Autonomie schützen, Freiheit wagen, neue Wege finden – Begleitung am Lebensende als gesellschaftliche Herausforderung** (Hospiztagung der Evangelischen Akademie Villigst, Schwerte, 31. Januar bis 2. Februar 2025) – 40 Seiten / 5,40 €

20/25 – **Zum Tod von Papst Franziskus** (Texte von VELKD, Konfessionskundliches Institut Bensheim, Weltkirchenrat) – **500 Jahre Bauernkrieg** (Predigt Kirsten Fehrs) – **Diakonisches Profil im 21. Jahrhundert** (Vortrag von Prof. Dr. theol. Markus Schmidt, Fachhochschule der Diakonie, Bielefeld) – 24 Seiten / 4,50 €

21/25 – **Ein Jahr ForuM-Studie: Kulturwandel im Fokus. Praktisch und theologisch weiterdenken** (Tagung der Ev. Akademie der Nordkirche, des Christian Jensen Kollegs und der Stabsstelle Prävention – Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt der Nordkirche. Breklum, 14. bis 15. Februar 2025) – 44 Seiten / 6,00 €

22/25 – **39. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)** Eröffnungs- und Schlussgottesdienste, Bibelarbeiten
Hannover, 30. April bis 4. Mai 2025
40 Seiten / 5,40 €

23/25 – **80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 2025** (Gemeinsame Erklärung EKD/DBK, Ökumenischer Gottesdienst und Gedenkstunde im Bundestag (Reden Bundestagspräsidentin Klöckner und Bundespräsident Steinmeier), Erklärungen der GEKE und des LWB, Texte von Landesbischof Kopp und Landesbischof Gohl) – 28 Seiten / 4,50 €

24/25 – **39. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)** Bibelarbeiten, Podien (Hannover, 30. April bis 4. Mai 2025) – 48 Seiten / 6,00 €

25/25 – **7. und 8. Friedensethischer Studententag der Evangelischen Akademien in Deutschland: Wie enden Kriege? – 29. Oktober 2024 (online) / Gefährdete Grenzen: Armenien und Georgien im Ringen um Freiheit und territoriale Integrität – 19. März 2025 (online)**
32 Seiten / 5,40 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 03861 5339-705
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-
leserservice@medienexpert.com
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 37,00 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 43,00 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 34,00 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.